

# Oskar Weggel Asien im Jahre 2050 Versuch einer virtuellen Umrißbestimmung

## Teil 2: Die Akteure

### Gliederung:

- 2.1 Transnationale Ansätze: Visionen und Ernüchterungen
  - 2.1.1 Eine asiatische Welt „ohne Grenzen“? Informelle Ansätze und Globalisierungsstendenzen
    - 2.1.1.1 „Globalisierung pur“? Klischees...
    - 2.1.1.2 ... und Wirklichkeit
  - 2.1.2 Eine Welt der Regionen? Formelle Ansätze
    - 2.1.2.1 Drei Allianzebene: Überregionale, regionale und subregionale Verbindungen
      - 2.1.2.2 Regionalallianzen
        - 2.1.2.2.1 APEC, EAEC und ASEAN
        - 2.1.2.2.2 SAARC: Südasiengemeinschaft - Auf Sand gebaut?
        - 2.1.2.2.3 ANEAN - Eine Utopie?
        - 2.1.2.2.4 Wie steht es um eine zentralasiatische Allianz?
      - 2.1.2.3 Subregionale Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke
    - 2.1.3 Welche dieser transnationalen Instanzen haben Zukunft als Akteure?
      - 2.1.3.1 Bedenken gegenüber APEC und EAEC
      - 2.1.3.2 Skepsis gegenüber den subregionalen Polygonen
      - 2.1.3.3 Institutionen mit realen Überlebenschancen
        - 2.1.3.3.1 ASEAN/AFTA: Lichtblicke einer neuen Freihandelszone
        - 2.1.3.3.2 OCN- und *keiretsu*-Strukturen
  - 2.2 Die Überlebensfähigkeit von Staaten: Was bleibt und was verschwindet?
    - 2.2.1 Die moderne asiatische Staatenwelt - mit Hypotheken aus der Kolonialzeit belastet
    - 2.2.2 Zerfallsbedroht: Die Staatenwelt Südasiens
      - 2.2.2.1 Pakistan - von Konflikten zerrissen
      - 2.2.2.2 Indien: Spaltpilze im Gefüge der größten Demokratie der Welt?
      - 2.2.2.3 Sri Lanka: Auf dem langen Marsch zur Zweistaatlichkeit
    - 2.2.3 Ostasien: Auf der sicheren Seite des Nationalstaats?
    - 2.2.4 Wie zukunftsfähig sind die Staaten Südostasiens?
  - 2.3 Fragmentierung und Mikronationalismus
  - 2.4 Hegemonialisierung oder Multipolarisierung?
    - 2.4.1 China - klassische Ordnungs-, nicht aber Vormacht
    - 2.4.2 Die USA - zum „ehrlichen Makler“ berufen
    - 2.4.3 Rußland, Indien und Japan?
    - 2.4.4 Polyzentristische Perspektiven
  - 2.5 Subversive Akteure? Die zunehmende Bedeutung von Netzwerken
    - 2.5.1 Das OCN
    - 2.5.2 Die *keiretsu*-Strategie
  - 2.6 Fazit

### Methode und Gedankengang

Im Eingangskapitel dieser Serie (C.a. 1997/3) wurden die Hauptergebnisse einer virtuellen Umrißbestimmung der Entwicklungen Asiens bis zum Jahre 2050 vorgestellt. In den folgenden Abschnitten sind nun die Begründungen für diesen Prognoseversuch nachzuliefern.

Von den sieben klassischen Fragestellungen des *quis?*, *quid?*, *ubi?*, *quibus auxiliis?*, *cur?* *quomodo?* *quando?* haben sich zwei bereits durch die Themenvorgabe erledigt, nämlich die Frage nach dem lokalen (*ubi*) und dem zeitlichen (*quando*) Kontext: die Untersuchungen sollen sich ja, wie erwähnt, auf den asiatisch-pazifischen Raum beschränken und außerdem den Zeitraum bis zum Jahr 2050 ins Auge fassen.

Verbleiben fünf große Fragenbereiche, die sich folgendermaßen formulieren lassen:

- Wer handelt? (Allianzen? Regionen? Subregionen? Nationen? Oder Netzwerke?) - Dieser Fragenkomplex ist Gegenstand der Ausführungen im vorliegenden Heft.
- Welche Themen-Prioritäten bestimmen das Handeln? (Sicherheitsfragen? Grundbedürfnisfragen wie Ernährung, Wohnung, Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit? Umweltprobleme?)
- Mit welchen Mitteln werden Probleme angepackt? (Wirtschaftlich, also angebotsorientiert? Sozialpolitisch, also nachfrageorientiert? Oder gar militärisch?)
- Wie gehen Staat und Gesellschaft an Gestaltungen und Konfliktlösungen heran: formell oder informell? Streit- oder Harmoniebedacht? Autoritär oder partizipativ? Bürokratisch oder über NGOs? Stilfragen.
- Warum wird aller Voraussicht nach so - und nicht anders - gehandelt? (Welche Wertvorstellungen und Ideologien sind m.a.W. maßgebend? Verwestlichung oder Reasiatisierung? Synthesen?)

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragestellungen ist bei jedem der fünf Abschnitte die Ausklammerungsmethode zu befolgen. Zuerst stellt sich also immer die Frage, welcher Träger, welches Thema, welches Mittel, welche Ideologie und welche Zielsetzung eher *nicht* in Betracht kommt. Auch mit Aussagen dieser negativen Art ist ja schon einiges gewonnen! Vor allem aber bleiben am Ende bei jeder Fragestellung jene Träger, Themen oder Optionen übrig, die eine reelle Chance haben, auch langfristig maßgebend zu sein, selbst wenn sie den Radius der Möglichkeiten keineswegs ausschöpfen, sondern weitere, vielleicht noch gar nicht voraussehbare Möglichkeiten, offenlassen.

Der Autor hofft, mit dieser „negativen Methode“ dem Wagnis einer Prognose besser gerecht werden zu können als mit einer von vornherein auf positive Aussagen abstellenden Betrachtungsweise, wie sie im ersten Teil dieser Serie ja bereits riskiert worden ist, wie sie nun aber, in den nachfolgenden „Begründungs“-Teilen einer skeptischeren Nachbetrachtung bedarf. Während also in Teil 1 die Ergebnisse an den Anfang gerückt wurden, sollen sie in den nachfolgenden Abschnitten gerade umgekehrt jeweils erst als Überrest und Auslese aus einer Fülle von Möglichkeiten präsentiert werden.

## Teil 2: Die Akteure

### - Allianzen? Regionen? Subregionen? Nationen? Oder Netzwerke? -

Als Akteure der internationalen Politik kommen nach dem Verständnis des überkommenen Völkerrechts und der traditionellen Politikwissenschaft nur Nationalstaaten in Betracht; ihre Ziele bestehen in der Durchsetzung nationaler Interessen, ihre Werkzeuge sind die klassischen Instrumente der Diplomatie, ja des Militärs, und das Ergebnis ihres Handelns läuft auf Machtpolitik hinaus, der es um Bewahrung oder Verbesserung des eigenen politischen status quo geht und die ihre Grenzen lediglich an der Macht anderer Staaten oder am Völkerrecht findet.

Für den Westen mögen Denkkategorien solcher Art streckenweise auch heute noch zutreffen; auf Asien übertragen erweist sich ihre Unzulänglichkeit jedoch auf der Stelle. Dies wird sogleich deutlich, wenn man die Wirtschaftskraft bestimmter Akteure ins Auge faßt: private asiatische Firmen beispielsweise reichen mit ihrer ökonomischen Potenz nicht selten an ganze Volkswirtschaften heran, ja stellen sie nicht selten weit in den Schatten. So erzielte beispielsweise die umsatzstärkste Firma Asiens, die japanische Itochu Corporation im Jahre 1994 mit ihren Verkaufsumsätzen von 156 Mrd. US\$ ein Ergebnis, das nur knapp unter dem Bruttosozialprodukt Indonesiens vom gleichen Jahr (176 Mrd.) lag, also eines Staates, in dem immerhin 190 Mio. Menschen leben!

Noch krasser wird das Gefälle, wenn man zum Vergleich einen Staat wie Sri Lanka heranzieht, der im selben Jahr gerade einmal auf 12 Mrd. US\$ BSP kam - und damit nur etwa ein Dreizehntel der Itochu-Verkaufsumme erreichte! Noch krasser werden diese Mißverhältnisse zwischen modernen Konzernen und traditionellen „Nationen“, wenn man die Banken zum Vergleich heranzieht. Das größte Geldinstitut Asiens, die japanische Sakura-Bank, besaß beispielsweise 1994 ein Aktivvermögen von 526 Mrd. US\$, war mit 17 Mrd. US\$ an anderen Firmen beteiligt und hatte 358 Mrd. US\$ an Krediten vergeben.<sup>1</sup> Gemessen an solchen Beträgen nehmen sich die Bruttosozialprodukte der meisten asiatischen „Nationen“ geradezu zwergenhaft aus! Darf man hier also allen Ernstes noch vom Nationalstaat als dem maßgebenden Akteur ausgehen? Sollte es nicht wesentlich zweckmäßiger sein, nach weiteren „Bewegern“ Ausschau zu halten?

Als Akteur sei hier eine Instanz, eine Allianz oder eine Einzelperson bezeichnet, die über längere Zeit hinweg Einfluß ausübt, und deren Entscheidungen politisch wegweisend sind.

Im folgenden soll das Augenmerk bei der Suche nach solchen Akteuren zunächst auf drei verschiedene Aktionsebenen gelenkt werden, wo sich in den letzten Jahren Ansätze für neue Trägerschaften herausgebildet haben, nämlich auf transnationale, auf regionale und auf subregionale Stufen.

### 2.1 Transnationale Ansätze: Visionen und Ernüchterungen

#### 2.1.1 Eine asiatische Welt „ohne Grenzen“? Informelle Ansätze und Globalisierungstendenzen

Einem „Asien“, das drei Jahrzehnte lang durch immer neue Wachstumsrekorde Aufsehen erregt hat und dessen Politik so schwerpunktmäßig exportorientiert ist, scheint die Globalisierung geradezu auf den Leib geschrieben zu sein. Trifft dies aber auch wirklich zu?

#### 2.1.1.1 „Globalisierung pur“? Klischees...

Den Eindruck, daß in Asien zunehmend der Markt per se regiert, versucht vor allem das von Omae Kenichi, dem „Guru“ des japanischen Managements, 1995 herausgegeben Buch mit dem Titel *The End of the Nationstate* zu vermitteln, in dem eine „Welt ohne Grenzen“ verherrlicht wird, wie sie auf besonders eindrucksvolle Weise bereits bei Singapur Wirklichkeit geworden sei, u.a. beispielsweise in Form des Suzhou-Projekts, das z.Z. unweit von Shanghai mit dem Ziel hochgezogen wird, dort ein zweites Singapur entstehen zu lassen. Möglicherweise würden damit die Voraussetzungen für zwanzig oder dreißig weitere Singapurs auf chinesischem Hoheitsgebiet geschaffen, für Regionalgebilde also, die der Idee des „Ein-Nationen-Staats“ des 19. Jh. diametral entgegengesetzt seien, weil sich ihre raison d'être nicht nach Herkunft, Sprache oder Kultur, sondern - eben! - ganz nach wirtschaftlichem Kalkül richten.

Das Leistungsvermögen einer Gesellschaft hänge zunehmend von ihrer Fähigkeit ab, die „Vier Cs“ (Corporations, Communication, Citizens and Capital) überall dorthin zu verlagern, wo sie im gegebenen Augenblick zum Optimum auflaufen könnten. Man sei in Singapur zu der Erkenntnis gekommen, daß die Wirtschaft der Zukunft nicht mehr hauptsächlich von den herkömmlichen Faktoren Boden oder Kapital, sondern von Informationen abhängen, und daß der freie „Vier C“-Fluß überall dort ins Stocken gerate, wo eine Zentralregierung sich in wirtschaftliche Entscheidungen einmische oder gar versuche, die Mehrgewinne besonders effizienter Einheiten abzuschöpfen, um sie anschließend per Gießkanne über den Rest der Nation zu verteilen. Nationalstaatlichkeit in diesem Sinne sei Gift für die freie Verfügbarkeit der „Vier C“, und gefährde die Zukunftsfähigkeit von Märkten und Betrieben.

Moderne Firmen sollten ihre Gedanken daher nicht mehr auf die eigene Volkswirtschaft, sondern auf Verdichtungsregionen diesseits und jenseits der Grenzen lenken, sei es nun auf gewachsene Bereiche wie Hongkong, Singapur, Bangkok oder Tokyo, sei es auf Zangengeburtens wie die „Wirtschaftssonderzonen“ von Shen zhen und Pudong oder sei es auf Wachstumsdreiecke, -vierecke sowie andere polygonale Gebilde, wie sie derzeit überall in der Welt, vor allem aber in Asien entstehen.

Vorbildlich habe sich hier - wieder einmal! - Singapur verhalten, das mit seinen Möglichkeiten als Stadtstaat weder auf Rohstoff- noch auf Landwirtschaftsreserven zurückgreifen könne und deshalb ganz und gar darauf angewiesen sei, einer strengen Ziel/Mittel-Logik zu folgen, die den goldenen Weg zur Globalisierung weist.

Ein erster Blick auf die Entwicklungen in den frühen 90er Jahren scheint Analysen dieser Art zu bestätigen, da die Weltwirtschaft in der Tat überall - und nun ganz besonders wiederum in Asien - Tendenzen einer schnellen und umfassenden gegenseitigen Annäherung zeigt, die von hohen Wachstumsraten, aber auch von sozialen und politischen Rückschlägen begleitet ist.

<sup>1</sup>AW, 15.9.95, S.62.

Ursächlich für diese Globalisierung ist das schnelle Zusammenwachsen der Finanz-, Transport- und Handelsmärkte, die von all jenen Banken und multinationalen Gesellschaften gefördert wird, die längst nicht mehr nur im Westen, sondern auch in Asien zuhause sind - man denke an Bank-Giganten vom Ausmaß der japanischen Geldinstitute, die in „Fernost“ die Plätze 1 bis 9 belegen, angefangen von der Sakura- und der Sumitomo- über die Dai-Ichi-Kangyo- bis hin zur Japanischen Industrie- und zur Tokai-Bank. Erst auf den Plätzen 10, 12 und 16 folgen VRCh-chinesische, auf Platz 20 eine Hongkonger Bank - bis Platz 23 wiederum ausschließlich von japanischen Geldinstituten eingerahmt. Auf den Plätzen 38 und 39 schließen sich zwei koreanische und an 41. Stelle die erste taiwanische Bank an.<sup>2</sup>

Zu den umsatzstärksten „Multis“, die an den Globalisierungsprozessen besonders intensiv beteiligt sind, gehören aber nicht nur asiatische Geldinstitute, sondern auch zahlreiche autochthone Industriefirmen und Handelshäuser, von denen die umsatzstärksten 50 (mit Ausnahme dreier „Koreaner“, nämlich Samsung, Nr.28, Hyundai, Nr.37 und Samsung Electronics, Nr.42) wiederum alle aus Japan stammen - mit den Giganten Etochu Corporation, Mitsui, Sumitomi, Marubeni und Mitsubishi an der Spitze.<sup>3</sup>

Ende 1993 wurden die weltweiten Umsätze zu rund 90% von Unternehmen getätigt, deren Zahl bei rund 40.000 lag und die in 160 Ländern und Regionen vertreten waren. Kein Wunder, daß die Globalisierung zum größten Teil durch den Austausch *zwischen* diesen Firmen in Gang gekommen ist. Auch wächst der Welthandel wesentlich schneller als die Weltproduktion. Zusätzlich hat die weltweite Spekulation, an der nicht zuletzt auch die Börsen Asiens, angefangen von Tokyo über Osaka und Hongkong bis hin zu Singapur und Taipei kräftig mitmischen, den Globalisierungsprozeß weiter auf Trab gebracht. Allein 1993 vagabundierten rund 3 Billionen US\$ an Spekulationsgeldern rings um die Welt und sorgten für gewaltige Verzerrungen, von denen sogar die Leitwährungen betroffen waren, vor allem der japanische Yen (und übrigens auch die DM), der immer teurer wurde, während andererseits der US-Dollar zwischen 1992 und 1996 zunehmend an Wert verlor, obgleich die Vereinigten Staaten in diesen Jahren wirtschaftlich wesentlich besser dastanden als Japan (oder Deutschland). Wie aus heiterem Himmel aber geriet der US-Dollar seit Beginn des Jahres 1996 unter Gegendruck und erfuhr eine schwungvolle Aufwertung, während Yen und DM gleichzeitig überraschend schnell an Härte verloren und „aufweichten“. Dieses Auf und Ab spiegelte keineswegs die wirtschaftlichen Leistungsverhältnisse wider, sondern war Ausdruck globaler Spekulationskalküle.

Hand in Hand mit diesen Globalisierungstendenzen nahm - nicht zuletzt in Asien - auch das Bedürfnis nach neuen, leistungsfähigeren „Verkehrsregeln“ für den internationalen Warenaustausch zu. Zu diesem Zweck wurde im Januar 1995 die neue WTO (World Trade Organization) ins Rennen geschickt, die an die Stelle des früheren GATT trat, das bis dahin die Handelsstrategien der Mitgliedsländer aufeinander abgestimmt, Handelsstreitigkeiten zwischen ihnen geschlichtet und Handelsregelungen auf multilateraler Ebene durchgesetzt hatte.

Die WTO hat das Ziel, einen möglichst hindernisfreien Welthandel zu ermöglichen, und beruht ganz in diesem Sinn auf Prinzipien der Gegenseitigkeit (Gleichwertigkeit gegenseitig eingeräumter Rechte), der Liberalisierung (Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen) sowie der Nichtdiskriminierung (Einschränkung des Protektionismus und Gewährung von Meistbegünstigung). Der weltweite Handel soll sich m.a.W. nach verlässlichen Spielregeln - und damit auch möglichst frei von institutionellen Kontrollen entwickeln.

Kaum ein Staat Asiens, einschließlich der VR China, der nicht auf der Stelle WTO-Mitglied hätte werden wollen. Schwierigkeiten im asiatischen Kontext ergeben sich allerdings vor allem im Hinblick auf die Einhaltung von Patenten, Copyrights und anderem geistigen Eigentum. Während nämlich Nachahmung im konfuzianischen Milieu stets als höchstes Kompliment empfunden wurde, soll sie nun plötzlich als Delikt gelten!

### 2.1.1.2

#### ...und Wirklichkeit

Auf den ersten Blick scheint Asien also geradezu das Hauptdemonstrationsfeld des Globalisierungsprozesses abzugeben. Bei genauerem Hinsehen stellt es sich jedoch heraus, daß die Globalisierungsfortschritte hier durchaus bescheiden sind und es voraussichtlich noch auf lange Zeit bleiben. Drei Begrenzungen tauchen vor allem auf:

Da findet erstens eine durchaus unzulässige Einschränkung der Globalisierungsdiskussion auf wirtschaftliche Belange statt. Der Begriff „Globalisierung“ umfaßt ja, obwohl er als solcher immer noch höchst diffus ist, nicht nur ökonomische, sondern auch zahlreiche weitere Aspekte: je nach Blickwinkel rücken bei ihm die verschiedensten Gesichtspunkte in den Vordergrund: Ökonomen mögen sich zwar hauptsächlich für die zunehmende Verflechtung interessieren; Politiker achten dagegen eher auf die mit der Globalisierung auftauchenden Deregulierungsprobleme, die Zivilgesellschaft interessiert sich andererseits vor allem für die mit „Globalisierung“ einhergehenden sozialen Konflikte und die intellektuelle Öffentlichkeit für die - in aller Regel kulturpessimistisch bewerteten - zivilisatorischen Zusammenstöße und Rückschläge.

Diese Vielfalt wird in der asiatischen Öffentlichkeit höchst einäugig betrachtet: nicht nur für die malaio-islamischen, theravadabuddhistischen oder hinduistischen, sondern auch für die nach außen hin so tatendurstig und aggressiv voranstürmenden metakonfuzianischen Gesellschaften ist es höchst charakteristisch, daß sie sich aus dem Globalisierungskuchen immer nur die wirtschaftlichen Rosinen herauszupicken suchen, während sie Deregulierungsanforderungen häufig aus dem Wege gehen und gar jenen „geistigen Verschmutzungs“-Erscheinungen, die mit der wirtschaftlichen Globalisierung einherzugehen pflegen, geradezu im Kampagnenstil entgegnetreten.

Dieses halbherzige Verhalten kann aber auf die Dauer nicht gutgehen: Wer A zu jener „kapitalistischen Weltordnung“ sagt, die ja noch auf lange Zeit westlich geprägt sein dürfte, muß sich auch zum B bequemen und kann nicht auf halbem Wege stehenbleiben!

Zweitens zeigt ein Blick auf die praktische Politik selbst einer Volkswirtschaft wie Singapur, daß dort als Hauptakteur nicht „der“ Markt mit seinen Eigengesetzlichkeiten, sondern in erster Linie nach wie vor der (für unökonomisches Handeln durchaus anfällige) Staat auf-

<sup>2</sup>Siehe dazu die Liste in AW, 15.9.95, S.62-105.

<sup>3</sup>Zur Liste der 1.000 größten Firmen vergl. AW, 24.11.95, S.66-179.

tritt. Dies wird nicht zuletzt anhand des von der Singapur-Bürokratie maßgebend mitgestalteten SIJORI-(Singapur-Johore-Riau)-Dreiecks deutlich, das keineswegs nur nach ökonomischen Ziel-Mittel-Kategorien gestaltet worden ist, sondern bei dessen Ausformung die drei beteiligten Regierungen von Singapur, Malaysia und Indonesien auch höchst unökonomische nationale Interessen haben einfließen lassen, so daß bereits die Klage aufgekomen ist, Singapur betreibe hier eine „beggar my neighbour“-Politik.<sup>4</sup> Die im Rahmen der Globalisierungsdiskussion häufig auftauchende rhetorische Figur vom Ende des Staates, der den mächtigen Kräften einer grenzenlosen weltwirtschaftlichen Entwicklungen zum Opfer falle, findet also bereits hier, im SIJORI-Kontext, eine höchst ernüchternde Korrektur.<sup>5</sup>

Drittens aber beschränken sich die grenzüberschreitenden Verbindungen weitgehend auf Netzwerke, die keineswegs nur globalen Gesetzmäßigkeiten gehorchen, sondern höchst partikularistische Interessen verfolgen, nämlich auf die OCN (Overseas Chinese Networks) und auf die TNU (Transnationalen Unternehmen), die vor allem in Südostasien in aller Regel unter japanischer oder koreanischer Regie stehen.

Hier kommt es in der Tat häufig zu regionalen (und sogar überregionalen) Vereinheitlichungen, keineswegs aber immer zur Entpartikularisierung. Die Vereinheitlichung vollzieht sich hier zumeist nicht formal und institutionell, sondern in aller Regel informell, d.h. durch *Verdichtungen* im personellen, im wirtschaftlichen und im kommunikativen Bereich. Hier scheint die Globalisierung all das synergetisch nachholen zu wollen, was sie ansonsten zwar versprochen, aber meist nicht gehalten hat.

Vor allem wird bei diesen partikularistischen Verdichtungen erneut deutlich, daß „Asien“ nie ein politisch oder kulturell geschlossener Kontinent war und daß die angeblich „asiatischen“ Integrationsprozesse deshalb auf bestimmte ethnische Bereiche, u.a. das Auslandschinesen-, Auslandskoreaner- und Auslandsvietnamesentum beschränkt bleiben.

- Verdichtungen *personeller* Natur haben sich vor allem bei den Auslandschinesen im zirkumpazifischen Bereich eingestellt, aber auch zwischen den „Landsleuten“ (*tongbaomen*) diesseits und jenseits der Taiwanstraße sowie im Umfeld von Milliardeninvestitionen, die zumeist via Hongkong in der VR China getätigt worden sind.

- Verdichtungen der *Wirtschafts-* ströme haben sich darüber hinaus sowohl *regional* (d.h. zwischen Gravitationszentren wie Hongkong, Singapur, den chinesischen Wirtschaftssonderzonen, den drei großen Ebenen Japans und Südkorea) als auch *betrieblich*, d.h. unter der Regie von multinationalen Unternehmen herausgebildet, die, wie die japanischen *kigyo keiretsu* („Kettenunternehmen“) und die koreanischen *Chaebol* länderübergreifend tätig sind und die im Zuge ihrer wirtschaftlichen Dynamik auch lokale Zulieferer im Ausland fest an sich binden, so daß sich innerbetrieblich kraftvolle Kapital- und Materialströme entwickeln, die rechnerisch als außenwirtschaftliche Posten der Gastländer verrechnet zu werden pflegen. Während in den 70er Jahren auf dem Weltmarkt noch vor allem „Multis“ aus den USA und aus Europa dominierten,

folgten in den 80er Jahren zahlreiche transnationale Unternehmen (TNU) Japans und in den späten 80er sowie frühen 90er Jahren die TNUs der dritten und vierten Generation aus dem Bereich der „Vier kleinen Drachen“ und anschließend der „Drei kleinen Tiger“ (Malaysia, Thailand, Indonesien). Von den TNUs der ersten und zweiten Generation unterscheiden sich die „Multis des Südens“ (Multinationals of the South) dadurch, daß sie häufig im verarbeitenden Sektor tätig sind, in aller Regel arbeitsintensive Technologien einsetzen und sich häufig auch auf die Verarbeitung lokaler Rohstoffe konzentrieren.<sup>6</sup>

- Verdichtungen *kommunikativer* Art schließlich gewinnen dadurch Gestalt, daß sich immer mehr Personen und Institutionen einem Satz fester Spielregeln unterwerfen, sei es, daß sie permanente persönliche Kontakte herstellen und auf diese Weise auch in kritischen Fragen, wie im Zusammenhang mit dem Spratly-Konflikt, gesprächsbereit bleiben (ARF seit 1994), sei es, daß sie internationale Nichtregierungsorganisationen aufbauen (wie z.B. die APEC im Jahre 1989) oder sei es, daß sie gemeinsame Verhaltensformen annehmen, die durch ähnliche Geschäftsfelder, durch vergleichbares Konsumverhalten oder durch kulturübergreifende Leitbilder (vermittelt über Sender wie Star TV) bestärkt werden - man denke an die in vielen asiatischen Ländern neu entstehende „mittelständische Internationale“!

Eine Globalisierung im panasiatischen Sinn jedenfalls erscheint am Ende des 20. Jh. als ferne Utopie!

## 2.1.2

### Eine Welt der Regionen? Formelle Ansätze

#### 2.1.2.1

#### Drei Allianzebenen: Überregionale, regionale und subregionale Verbindungen

Europäer haben sich daran gewöhnt, Integration als einen Prozeß zu begreifen, der von Staaten gelenkt, mit Hilfe von Verträgen und institutionellen Zusammenschlüssen organisiert und stufenweise dergestalt vorangetrieben wird, daß die wirtschaftliche am Ende in eine politische Union übergeht. Dieses auf der Baustelle Europa bewährte Modell hat weltweit Aufmerksamkeit gefunden und ist zum Ausgangspunkt des deterministischen Integrationsparadigmas geworden, beruht aber auf Voraussetzungen, die in einem Kontinent wie Asien, der von Europa so grundverschieden ist, kaum nachvollziehbar sind, weil es hier weder die für Europa so typische kulturelle Homogenität noch den gleichen Anschauungsunterricht zweier Bruderkriege gibt, der sich nach dem festen Willen aller Beteiligten nie mehr wiederholen darf.

Kein Wunder, daß die Integrationsanläufe in Asien weitaus bescheidener geblieben sind als in Europa. Auf drei Ebenen haben sie sich vor allem entfaltet:

- Da sind erstens *globale* Ansätze, wie sie sich aus der GATT/WTO-Mitgliedschaft ergeben. Die am 1.1.95 ins Leben gerufene WTO hatte 1996 111 stimmberechtigte Vollmitglieder - darunter die meisten asiatischen Staaten mit Ausnahme Chinas und Taiwans. Die WTO schafft aber keineswegs Bündnisse, sondern sorgt lediglich für Gegenseitigkeit, Liberalisierung und Nichtdiskriminierung.

- Integrationshoffnungen scheinen sich dagegen aus der zweiten Art von Organisationen zu ergeben, die auf re-

<sup>4</sup>Frank Marty, *Das Singapur-Johore-Riau-Wachstumsdreieck*, Bd. 268 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1996, S.162 ff.

<sup>5</sup>Ebd., S.209.

<sup>6</sup>Kahn, Khushi M., *Multinationals of the South: New Actors in the International Economy*, London 1986, S.7 ff.

gionaler Ebene errichtet wurden, nämlich der APEC, der EAEC und der bereits 1967 gegründeten ASEAN, die mittlerweile beschlossen hat, auch eine eigene Freihandelszone (AFTA) aufzubauen und zwar spätestens bis zum Jahre 2006.

All diese Ansätze lassen sich jedoch nicht im entferntesten mit den europäischen Zusammenschlüssen vergleichen, die Schritt für Schritt von einem Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl (1951) zu einem Gemeinsamen Agrar- und Industriemarkt (EWG-Verträge von 1957) aufgebaut worden sind und die gemäß den Maastrichter Verträgen von 1991 bis hin zur EU mit gemeinsamer Währung und schließlich sogar zur Politischen Union vorangetrieben werden sollen.

Allenfalls die AFTA kann hier noch ein Stück mithalten, endet aber lange vor dem Integrationsgrad einer EWG.

- Auf der dritten Ebene, nämlich im *subregionalen* Kooperationsbereich sind in Ostasien „Greater China“, in Nordostasien (UNDP-Empfehlung von 1991) das „Tumen-Fluß-Entwicklungsprogramm“ (mit China, Rußland, der Mongolei und den beiden Koreas) sowie in Südostasien eine Fülle von polygonalen Gebilden entstanden - darunter drei Wachstumsdreiecke, ein Vier-, ein Fünf- und ein Sechseck.<sup>7</sup>

### 2.1.2.2

#### Regionalallianzen

##### 2.1.2.2.1

#### APEC, EAEC und ASEAN

Im *regionalen* Rahmen sind es drei Organisationen, die sich als Schrittmacher in eine gemeinsame Zukunft präsentieren, nämlich die 1989 gegründete und heutzutage (1997) aus 18 Mitgliedern bestehende APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation), der neben asiatischen Ländern im engeren Sinn, nämlich den ASEAN-Staaten, Japan, den „Drei Chinas“ (Volksrepublik, Taiwan, Hongkong), Südkorea und Papua-Neuguinea auch vier eher „westliche“ Industrienationen (USA, Kanada, Neuseeland, Australien) und zwei südamerikanische Staaten (Mexiko und Chile) angehören. Zu den 11 Gründungsmitgliedern sind etwas später die USA und die drei Chinas (1991), Mexiko und Papua-Neuguinea (1993) sowie Chile (1994) hinzugestoßen.

Die APEC verstand sich von Anfang an nicht als Handelsblock, sondern nur als Gemeinschaft von kooperationswilligen Staaten, die einander - im Geiste des GATT/WTO - nicht diskriminieren. Sie sollte keine supranationalen Organe bilden und keine formellen Verhandlungen führen. Alles war m.a.W. auf weitgehende Unverbindlichkeit und auf „Informalität“ abgestellt. Trotz dieses ohnehin schon bescheidenen Ansatzes schlug Malaysia, das sich schon damals zu einem Stachel im Fleisch der USA entwickelt hatte, noch im Geburtsjahr der APEC die Gründung eines EAEC (East Asian Economic Caucus) vor, das sich mit der APEC zwar in den Zielsetzungen, nicht jedoch in der Mitgliedschaft decken sollte. „EAEC = APEC minus nichtasiatische Staaten“, lautete die malaysische Formel. Da diese Initiative von Anfang an auf amerikanische Ablehnung stieß, liegt sie vorerst - und möglicherweise noch für lange Zeit - auf Eis.

Während die APEC (und in ihrem Gefolge auch der EAEC) lediglich regionale Foren sein sollen, die zwar („informell“, wie es heißt) miteinander beraten, aber keinesfalls gemeinsam verbindliche Beschlüsse fassen, also eine Art „Nichtregierungsorganisationen auf hohem Niveau“ (und mit Gipfelkonferenzen) sind, hat die 1967 von fünf südostasiatischen Staaten gegründete, mittlerweile (1997) auf 7 Mitglieder angewachsene und demnächst auf alle zehn südostasiatische Staaten zu erweiternde ASEAN im Verlauf von drei Jahrzehnten solide institutionelle Konturen angenommen: sie treten vor allem bei den Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs (alle drei Jahre), bei der jährlichen Außenministerkonferenz (als dem zentralen Entscheidungsgremium), bei den bis zu fünfmal jährlich abgehaltenen Tagungen des Ständigen Ausschusses, bei den Fachministertreffen und nicht zuletzt auch anhand eines Ständigen Sekretariats (in Singapur) zutage und wurden durch den „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ von 1967, durch die „Rahmenvereinbarungen über ein Aktionsprogramm“ (Declaration of ASEAN Concord) und durch den Beschluß, eine AFTA sowie eine „Südostasiatische Atomwaffenfreie Zone“ zu gründen, weiter verfestigt. Die ASEAN hat also den Status eines bloßen Regionalforums längst hinter sich gelassen, ohne deshalb freilich schon gleich zu einer EWG-ähnlichen Gemeinschaft geworden zu sein. Sie gilt seit langem als Modellfall für die Süd-Süd-Kooperation, die in der Dritten Welt zum ersten Mal glaubhaft vor Augen geführt hat, daß der Süden nicht passiv auf die Initiativen „des Nordens“ zu warten braucht, sondern sich selbst organisieren kann - und zwar sogar als Gegenblock zur EU und zur NAFTA (North American Free Trade Area).

##### 2.1.2.2.2

#### SAARC: Südasiengemeinschaft - Auf Sand gebaut?

Andere Regionalbündnisse sind dagegen weit weniger vielversprechend, so z.B. die SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation), die 1983 zwischen sieben südasiatischen Staaten (Bangladesh, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka) vereinbart wurde, und zwar mit dem Ziel einer engeren wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit, nicht jedoch einer politischen Integration. Vergleichbar der ASEAN kennt auch die SAARC eine Gipfelkonferenz und - als zentrales Entscheidungsgremium - eine (zweimal jährlich tagende) Außenministerkonferenz sowie einen Ständigen Ausschuß und ein Generalsekretariat.

Anders als über der ASEAN hängt über der SAARC das Damoklesschwert unversöhnlicher zwischenstaatlicher Konflikte, vor allem in Form der indisch-pakistanischen Dauerfeindschaft, aber auch zahlreicher anderer bilateraler Probleme - man denke an den Ganges/Brahmaputra-Konflikt zwischen Indien und Bangladesh, an das Tamilenproblem zwischen Indien und Sri Lanka oder an die Dominanzängste der Himalayastaaten gegenüber Indien. Durch Ausklammerung politischer Probleme will die SAARC Kooperationsfortschritte auf den Gebieten Landwirtschaft (leitend: Bangladesh), Transport (Malediven), Kommunikation (Pakistan und Bhutan), Meteorologie (Indien), Gesundheit und Demographie (Nepal), Sport, Kultur und Kunst (Indien) sowie Wissenschaft und Technik (Pakistan) forcieren. Auch haben die Mitgliedsstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Armut in der Region möglichst bis zum Jahr 2002 zu besiegen und alle Formen des grenzüberschreitenden Terrorismus zu bekämpfen. In

<sup>7</sup>Zu den Einzelheiten SOAa, 1993/9, S.334-354, hier 343 ff.

der Praxis freilich tickt das Kaschmirproblem weiter, unterstützt Indien die Mohajir-Bewegung in Pakistan, Pakistan aber Aufständische in Kaschmir und in Khalistan. Auch sorgen Ungleichgewichte zwischen Kleinstaaten wie Bhutan und den Malediven einerseits und Kolossen wie Indien, Pakistan und Bangladesh andererseits dafür, daß es wohl noch auf Jahrzehnte hin zu keiner ausgeglichenen Entwicklung kommen kann.

Selbst historische Determinanten dürften sich kaum im Sinne einer Vereinheitlichung Südasiens - oder zumindest südasiatischer Teile auswirken - nicht einmal das Erbe der „Golf-von-Bengalen-Region“. Lange Zeit hatten sich die Bewohner des gesamten Bereichs rings um die Bucht von Bengalen ja als Angehörige eines einheitlichen Kulturraums empfunden, der unter indischem Einfluß stand, wobei Bengalen, Ceylon, Sumatra, Siam, Birma und die Fürstentümer auf der malaiischen Halbinsel mit zum inneren Zirkel gehörten. Die Region wurde durch hinduistische sowie vor allem buddhistische Gemeinsamkeiten zusammengebunden. Auf den Einfluß des Sanskrit-Erbes hat beispielsweise Coedès<sup>8</sup> aufmerksam gemacht; den Einfluß der indischen Kultur auf die klassische malaiische Literatur hat Winstedt<sup>9</sup> und die Hinterlassenschaft des ebenfalls von Indien übernommenen Islam der niederländische Islamist Snouck Hurgonje<sup>10</sup> erschlossen. Jahrhundertelang waren es hinduistische, buddhistische und islamische Einflüsse, die sich, von der Golfregion ausgehend, immer wieder wellenförmig über die benachbarten Regionen hin ausbreiteten und die dortigen Länder in ihren kulturellen Bann zogen.<sup>11</sup>

Ein wissenschaftlicher Streit hat sich bekanntlich um die Frage entwickelt, wie die „indischen“ Einflüsse in den benachbarten Ländern und Fürstentümern Fuß fassen konnten. Nach den in diesem Zusammenhang entstandenen drei Theorien waren die Überbringer entweder Militärs, die im Wege kolonialer Expansion für die Verbreitung indischen Gedankenguts gesorgt haben (mit Ausnahme der südlichen Cola-Dynastie läßt sich hier allerdings wenig Beweismaterial finden) oder aber Kaufleute (ihr Einfluß trifft zwar für die Hafenfürstentümer, nicht aber für das Hinterland zu) oder, drittens, Brahmanen, die von lokalen Fürstenhäusern als eine Art „Entwicklungsexperten“ berufen wurden und die nicht nur ihr Verwaltungs-, Architektur- und Infrastrukturwissen, sondern auch Religion, Literatur und vor allem das Geschenk der indischen Schrift mitbrachten.<sup>12</sup> Im Gefolge der Religionen hat in diesen Ländern auch indisches Recht, indische Mathematik, indische Zeitrechnung und indische Ästhetik Einzug gehalten.

So eindrucksvoll diese indo-muslimische Zusammenarbeit früher einmal gewirkt haben mag - politisch ist sie heutzutage fast ohne Einfluß geblieben, da sich die „Bay of Bengal-Area“ sowohl wirtschaftlich (hie z.B. Bangladesh, dort Singapur) als auch politisch (hie SAARC, dort ASEAN) auseinanderentwickelt hat. Auch in die Organisationen der APEC, des ARF oder des ASEM haben die

Länder Südasiens keine Aufnahme gefunden - und dürften dort wohl noch auf lange Sicht kaum willkommen geheißen werden. Die Moderne ist hier - einsetzend mit der Herausbildung englischer, französischer sowie holländischer Kolonien bis hin zu der wirtschaftlich gespreizten Entwicklung, wie sie in der Nachkriegszeit eingesetzt hat - einen anderen Weg gegangen, als es von der Geschichte eigentlich vorgezeichnet worden war, und es besteht wenig Aussicht, daß sich hier bald wieder eine Wende zurück „zu den Wurzeln“ ereignet.

### 2.1.2.2.3

#### ANEAN - Eine Utopie?

Während Südostasien mittlerweile zu einem tragfähigen *modus vivendi* gefunden hat, herrscht in der Region Nordostasien auch am Ende des 20. Jh. noch immer ein Eischrankklima: Japan und die beiden Koreas sowie China und das nach wie vor auf den Besitz der vier Nordkurilen beharrende Rußland stehen sich hier meist noch mit versteinerten Gesichtszügen gegenüber. Auch wenn häufig von „strategischer Partnerschaft“, z.B. zwischen China und Japan sowie zwischen China und Rußland, die Rede ist, bleibt doch eher jenes unterschwellige Mißtrauen weiterbestehen, das in Jahrzehnten gewachsen ist und sich nicht so schnell abbauen läßt, zumal sich hier die Interessen von vier Großmächten (China, USA, Rußland und Japan) überschneiden, von denen drei auf vorerst noch unabsehbare Zeit Atommächte sind. Hier, in Nordostasien, wäre ein ARF fast noch wichtiger als in der Region Südostasien.

In den 60er Jahren hatten die USA sich mit dem Plan getragen, eine NEATO (Northeast Asian Treaty Organization) zu gründen, der neben Japan und Südkorea auch Taiwan angehören sollte. Der Plan scheiterte jedoch noch gründlicher als das SEATO-Projekt.

Es ist zu befürchten, daß angesichts der Emotionen, die vor allem zwischen Korea und Japan wohl noch auf lange Zeit fortbestehen, die Chancen für eine ASEAN-ähnliche Allianz, nämlich eine „Association of North-East Asian Nations“ (ANEAN) gering bleiben.

### 2.1.2.2.4

#### Wie steht es um eine zentralasiatische Allianz?

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 sind fünf frühere Sowjetrepubliken, nämlich Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan zu souveränen Staaten geworden, die auf den ersten Blick zwar hoffnungslos im geopolitischen Abseits zu liegen scheinen, denen langfristig aber gleichwohl strategische Bedeutung zukommt, da sie erstens in einer bedeutsamen Rohstoffgegend (Öl, Erdgas, Gold und Uran) angesiedelt sind, da sie ferner am Schnittpunkt zwischen vier Mächten (und Kulturbereichen), nämlich Rußland, Iran, Pakistan und China liegen, und da sich, drittens, auf dem Territorium einiger dieser Länder noch gewaltige Waffenvorräte, u.a. ein Teil des atomaren Erbes der früheren Sowjetunion befinden. Viertens verlaufen durch diese Länder die früheren Seidenstraßen, die mittlerweile zu Heroinstraßen geworden sind, und nicht zuletzt zeigen sich hier, fünftens, die ersten Auswirkungen des islamischen Fundamentalismus, sei es nun an den Grenzen zu Afghanistan (Taliban-Milizen!), sei es im usbekischen Ferghana-Tal oder aber in Tadschikistan, wo der Bürgerkrieg gegen die Fundamentalisten bis Anfang 1997 bereits rund 50.000 Menschenleben gefordert hat.

<sup>8</sup>S. Coedès, *Les États Hindouisés d'Indochine et d'Indonésie*, Paris 1948.

<sup>9</sup>Richard O. Winstedt, „Indian Influence in the Malay World“, *Journal of the Royal Asiatic Society*, 1944, S.195 ff; *A History of Malaya*, Singapore 1962; *Malaya and Its History*, London 1948.

<sup>10</sup>Snouck Hurgonje, C., *De Atjehers*, 2 Bde., Leiden 1893/94; engl.: *The Achinese*, 2 Bde., London 1906.

<sup>11</sup>Vgl. dazu u.a. Patricia Ruep, „Trade and Civilization in Early Modern Times“, in: *IHAS Newsletter* Nr.8, Spring 1996, S.20 f.

<sup>12</sup>Dazu im einzelnen Weggel, 1989, S.263 ff.

Ganz im Gegensatz zur Meinung mancher Autoren, die Zentralasien bereits als „Schlachtfeld der Zukunft“, ja als Hauptkriegsschauplatz des 21. Jh. ausgemacht haben, ist die Region keineswegs hilflos der Kriegsnemesis ausgeliefert, sondern durchaus in der Lage, ihre Zukunft in der einen oder anderen Richtung selbst zu gestalten, wobei drei Optionen zur Wahl stehen, nämlich entweder die Anrufung einer Hegemonialmacht, sei es nun Rußlands oder Chinas, der Absturz ins Chaos, wie er sich in Tadschikistan und in Afghanistan bereits angebahnt hat, oder aber, drittens, die Vereinigung der einzelnen Staaten zu einer um ein neues regionales Zentrum gescharteten Allianz, für das nach Lage der Dinge eigentlich nur Usbekistan in Betracht kommt,<sup>13</sup> während Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan und Tadschikistan eher am Rande bleiben: Kasachstan besitzt zwar nach wie vor zahlreiche von der Sowjetunion hinterlassene Waffen, u.a. auch nuklearer Art und kann überdies auf beträchtliche Ölreserven zurückgreifen. Doch gibt es auf dem Gebiet dieses flächenmäßig größten zentralasiatischen Staates erhebliche Spannungen zwischen den zahlreichen im Lande verbliebenen Russen und den nach mehr Selbstbestimmung verlangenden Kasachen. Angesichts des industriellen Rückstands, des Fehlens einer Mittelschicht und nicht zuletzt auch einer technischen Intelligenz kann das Land auf die verbliebenen Russen aber nun einmal nicht verzichten. Nicht zuletzt aber ist Kasachstan jenes Gebiet, das, wenn die Hegemonielösung Wirklichkeit würde, als erstes wieder unter die Vorherrschaft Moskaus geriete.

Was Kirgistan angeht, so hat dieses kleine und gebirgige Land zwar das Zeug, touristisch zu einer „Schweiz Zentralasiens“ zu werden, doch fehlen ihm alle Voraussetzungen zu einer glaubhaften Regionalmacht, zumal Rohstoffe kaum vorhanden sind und das Land politisch durch zahlreiche Clan-Rivalitäten zerrissen ist.

Turkmenistan besitzt zwar Öl- und Gasreserven, besteht aber zum größten Teil aus Wüsten und hat nicht einmal 4 Mio. Einwohner.

Tadschikistan schließlich ist politisch durch zahlreiche Clan-Rivalitäten zerrissen und hat sich, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Afghanistan gelegen, zumindest in den 90er Jahren zu einem Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen islamischen Fundamentalisten und prorussischen Kräften entwickelt, welche letztere insgeheim auch die Sympathien der VR China besitzen.

Verbleibt von den fünf Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Zentralasien also nur der Anker Usbekistan, der nicht nur im Zentrum zwischen den anderen vier neuen Staaten liegt, sondern der mit einer Fläche von immerhin der Größe Deutschlands + der Benelux-Staaten sowie der größten Einwohnerschaft aller zentralasiatischer Staaten (23 Mio.!) beträchtliches Eigengewicht besitzt. Darüber hinaus leben in allen zentralasiatischen Nachbarstaaten, auch in Afghanistan, größere Usbeken-Minderheiten, die z.T. auch strategisch ausschlaggebend sind, wie 1996 im Zusammenhang mit dem Afghanistankrieg deutlich wurde, als usbekische Einheiten den Siegeszug der Taliban-Milizen bremsen. Anders als in den übrigen zentralasiatischen Republiken machen ethnische Russen überdies in Usbekistan kaum mehr als ein Zehntel der einheimischen Bevölkerung aus. Als einziger zentralasiatischer Staat auch hat Usbekistan außerdem keine Großmacht als di-

rekten Nachbarn, und zwar weder Rußland noch China. Wirtschaftlich verfügt Usbekistan über Rohstoffe wie Gold, Mangan und Uran.

Nicht zuletzt aber ist die usbekische Identität tief in der Geschichte verankert: Städte wie Samarkand, Buchara, Chiva und Taschkent deuten dieses Gewicht schon bei bloßer Nennung ihres Namens an. Kein Wunder, daß Usbekistan viele Jahrhunderte hindurch immer so etwas wie ein Zentrum Zentralasiens war. Timur Lenk (1336-1405) - auch „Tamerlan“ genannt - wurde in der Nähe von Samarkand geboren. Bis auf den heutigen Tag betrachten sich die Usbeken als Nachfolger der Timuriden.

Benachteiligt ist Usbekistan allerdings dadurch, daß es in den Jahrzehnten seiner Zugehörigkeit zur Sowjetunion in eine Art Baumwollkolonie verwandelt wurde und daß diese Monokultur auch noch von schweren Schädigungen des Ökosystems begleitet war, insofern nämlich der Aralsee fast leergepumpt und damit eine der schwersten ökologischen Katastrophen Asiens, wenn nicht der Welt überhaupt, angerichtet wurde.

Gleichwohl hat dieses schwerkgeprüfte Land an vorderster Stelle die Chance, erneut zum zentralasiatischen Dreh- und Angelpunkt zu werden, zumal dann, wenn Usbekistan seinen antifundamentalistischen Kurs durchstehen kann, wie er unter dem früheren Vorsitzenden der usbekischen KP und 1991 zum Staatspräsidenten gewählten Islam Karimow eingeschlagen worden ist. Zum Bollwerk gegen die aus Afghanistan und aus dem Iran heranbrandenden fundamentalistischen Gefahren zu werden - dies scheint die historische Mission des Landes im 21. Jh. zu sein, zumal Usbekistan sicher sein darf, daß es bei dieser Politik von Moskau und Beijing gleichermaßen unterstützt wird.

Eine Zeitlang glaubte die usbekische Führung, für ihre antifundamentalistische Politik auch von Ankara ihre Unterstützung erhalten zu können. Die Idee einer pantürkischen Allianz bis tief nach Zentralasien hinein schien vor allem nach dem Zusammenbruch der UdSSR in der Luft zu liegen. Seit es in der Türkei allerdings - und zwar beginnend mit der Ministerpräsidentenschaft Erbakans im Jahre 1996 - zu einer Wende gekommen ist, die zwar noch nicht als fundamentalistisch, wohl aber als Abweichung vom säkularen Kurs Atatürks gelten muß, dürfte die usbekische Führung erkannt haben, daß ihr antifundamentalistisches Anliegen langfristig in Moskau oder Beijing besser aufgehoben ist als in Ankara.

Usbekistan hat viele Möglichkeiten, um auf seine Nachbarn Einfluß im antifundamentalistischen Sinne auszuüben. So führen beispielsweise die Exportpipelines Turkmenistans über usbekisches Gebiet; darüber hinaus bestehen enge Beziehungen zur kirgisischen Opposition, so daß auch Kirgistan die Vorstellungen Taschkents nicht einfach in den Wind schlagen kann.

Ein Zusammenrücken der zentralasiatischen Republiken erscheint aus zwei Gründen zumindest im 21. Jh. unausweichlich: erstens gilt es, Front gegen fundamentalistische Nachbarstaaten zu beziehen und zweitens die Gefahr von Wasserverteilungskriegen zu bannen, die sich bei Streitigkeiten um das Amu Darya- und das Syr Darya-Flußwasser zusammenbrauen könnten. Letztlich liegt es an den Regierungen, ob sie der Vernunft folgen und sich, auf der usbekischen Linie, zu einem Zweckbündnis zusammenfinden oder ob sie die Zügel schleifen lassen - und damit die Chaos-Option heraufbeschwören, die entweder zur Inter-

<sup>13</sup>So z.B. S. Frederick Starr, „Making Eurasia Stable“, *Foreign Affairs*, Vol.75, Nr.1 (1996), S.80-92.

vention einer benachbarten Großmacht führt oder in einem zweiten Afghanistan endet.

### 2.1.2.3

#### Subregionale Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecke

Was schließlich die *subregionale* Integration anbelangt, so hat sie sich seit den 80er Jahren in mehreren Wachstumsdreiecken, einem Viereck, einem Fünfeck und sogar einem Sechseck eindrucksvoll verwirklichen können.

Die Geburt der „Wachstumsdreiecke“ - eine Wortschöpfung des singapurischen Ministerpräsidenten Goh Chok Tong - begann 1989, und zwar in Form des sog. „Southern Triangle“, das eine Einwohnerschaft von 7-8 Mio. Menschen umfaßt und auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Singapur (Kapital und Technologie), dem malaysischen Johore (Arbeitskräfte) und dem indonesischen Riau-Archipel (mit den beiden Inseln Batam und Bintan: Boden und Arbeitskräfte) hinauslaufen sollte. Unter dem Akronym „SIJORI“ hat es inzwischen zum Vorbild für weitere ähnliche Gebilde werden können, nämlich für das 1993 ins Rennen gegangene „Nördliche Wachstumsdreieck“ („Indonesia-Malaysia-Thailand-Growth-Triangle“: „IMT-GT“) sowie für das 1994 entstandene „Östliche Wachstumsdreieck“ („EAGA“: East ASEAN Growth Area) mit den Regionen Nordsulawesi, Ost- und Westkalimantan (Indonesien), Sabah und Sarawak (Malaysia), Brunei und der südphilippinischen Insel Mindanao.<sup>14</sup>

Initiator dieser neuartigen Wachstumsareale war der Stadtstaat Singapur, der Ende der 80er Jahre gerade eine Wirtschaftskrise durchlaufen hatte und der nun versuchte, seine drei Hauptdefizite, nämlich Bodenknappheit, Arbeitskräftemangel und fehlendes Grundwasser dadurch zu kompensieren, daß er sich Partner suchte, und zu diesem Zweck mit den benachbarten malaysischen sowie indonesischen Regionen, denen dieses dreifache Potential reichlich zur Verfügung stand, eine intensivere Zusammenarbeit anstrebte, wobei die formelle Unterzeichnung des SIJORI-Vertrags allerdings erst im Dezember 1994 erfolgte.

Charakteristisch für die oben erwähnten drei triangulären Gebilde sind (1) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von mindestens drei Partnern, (2) ihre Arbeitsteilung, die dazu führt, daß der eine Teilnehmer Kapital und Technologie, der andere Arbeitskräfte und der dritte häufig Boden zur Verfügung stellt sowie (3) die Anerkennung solcher Dreiecksgebilde durch Dritte, sei es nun durch Geldgeber wie die ADB oder durch die Herkunftsländer potentieller Investoren.

In einer Gegend, in der die Gefälle zwischen den einzelnen Volkswirtschaften nach wie vor so kraß ausgeprägt sind wie in Südostasien, scheinen sich Wachstumsdreiecke der hier entstandenen Art als Ei des Kolumbus zu erweisen, sobald es darum geht, „komparative Vorteile“ aus den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital zu ziehen. Auch politisch scheinen die Wachstumsdreiecke alle Argumente auf ihrer Seite zu haben, insofern es nämlich beim Aufbau der triangulären Strukturen auf konstruktive Mitarbeit der beteiligten Regierungen ankommt, die schon dadurch gezwungen werden, Kooperation groß und Konflikte klein zu schreiben.

### 2.1.3

#### Welche dieser transnationalen Instanzen haben Zukunft als Akteure?

#### 2.1.3.1

##### Bedenken gegenüber APEC und EAEC

Erst bei genauerem Hinsehen wird deutlich, daß die neuen Regionalallianzen, und zwar sowohl APEC und EAEC als auch die Wachstumspolygone unter Geburtsfehlern leiden, die ihrem weiteren Gedeihen nicht gerade günstig sind:

Da sind erstens einmal gewaltige wirtschaftliche Gefällestufen (in BIP pro Kopf), die nicht nur die APEC-Mitglieder (USA/Japan einerseits und Vietnam/Papua-Neuguinea andererseits), sondern auch die einzelnen ASEAN-Länder voneinander trennen: in der APEC liegen sie bei einem Vergleich (beispielsweise) zwischen Japan und China bei 75:1, in der ASEAN bei 26:1, wenn man Singapur und Indonesien zueinander in Bezug setzt, und bei 99:1, wenn Indonesien bei diesem Vergleich durch (das gerade beigetretene Mitglied) Vietnam ersetzt wird. Wie aber sollen sich Volkswirtschaften mit solchen Niveauunterschieden je aufeinander einpendeln?

Auch kulturell liegen Welten zwischen Mitgliedern wie Japan oder Vietnam einerseits und Chile oder Papua-Neuguinea andererseits.

Drittens stößt die APEC auch von der Mitgliederzahl her schon Mitte der 90er Jahre an organisatorische Grenzen: Wie sollen die bereits jetzt beigetretenen 18 Teilnehmer je zu einer einheitlichen Linie finden, zumal Staaten wie Indien, Pakistan, Peru, die Mongolei, Sri Lanka, Panama, Ecuador und Rußland noch vor der Tür stehen und ebenfalls Einlaß begehren!? Allenfalls im EAEC-Rahmen ließen sich hier noch gewisse Angleichungen herbeiführen; doch scheitert der EAEC, wie erwähnt, am Widerstand der Vereinigten Staaten, die keinesfalls zur Seite gedrängt werden können, weil sie von den meisten Mitgliedern aus zwei Gründen noch auf lange Zeit gebraucht werden, nämlich als Sicherheitsgaranten und als Abnehmer von Exportprodukten.

Zwar hat der innerasiatische Handel vor allem in den 80er Jahren rasch zugenommen, noch schneller allerdings wuchs der Handel mit der EU und mit der NAFTA, so daß sich ein EAEC das eigene Wasser abgrübe, koppelten sich seine Mitglieder allen Ernstes vom Handel mit den USA ab, auf den Volkswirtschaften wie Japan, Taiwan oder Südkorea ja nach wie vor substantiell angewiesen sind. Außerdem könnte ein „reiner Asienblock“ wie der EAEC wohl kaum dieselbe Geschlossenheit gewinnen wie die EU - und zwar nicht nur wegen des nun bereits mehrfach erwähnten kulturellen Gemeinsamkeitsdefizits, sondern auch aus einem simplen wirtschaftlichen Grund: während nämlich das in der EU dominante Deutschland lediglich 30% des BIP aller Bündnismitglieder bestreitet, hätte Japan innerhalb der EAEC (, der China mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht beitreten würde) einen Anteil von 80%! Japan würde also innerhalb der von fast allen asiatischen Politikern so emotional abgelehnten Gänseflug-Formation nicht nur eindeutig die Führung übernehmen, sondern mit seiner Größe die mitfliegenden Gänse fast total überschatten - eine Vorstellung, die vor allem für Länder wie Taiwan oder Korea unerträglich wäre, selbst wenn die Vorherrschaft nur in Form einer Yen-Dominanz in Erscheinung träte.

<sup>14</sup>Einzelheiten dazu in SOAa, 1995/7, S.289-308, hier 291 f.

### 2.1.3.2

#### Skepsis gegenüber den subregionalen Polygonen

Aber auch die Wachstumsdreiecke dürften noch für lange Zeit auf unsicheren Beinen stehen. Gegen das SIJORI-Dreieck richtet sich schon heute der malaysische und indonesische Vorwurf, daß Singapur hier die Gewinne abschöpfe, während Malaysia und Indonesien die Zeche mit sozialen Problemen, wie erhöhtem Verkehrsaufkommen, Anstieg der Prostitution etc. zu zahlen hätten. Im SIJORI finde eine von Singapur betriebene „beggar my neighbour“-Politik statt.<sup>15</sup>

In der Tat sind die Nachteile subregionaler Dreieckslösungen nicht zu unterschätzen: vor allem bestehen sie in unkontrollierter Zuwanderung, verstärkter Umweltbelastung, weiter wachsendem Wohlstandsfälle gegenüber den Nachbarregionen und nicht zuletzt in hohen Anlaufkosten, die mit dem Aufbau der nun einmal unentbehrlichen Infrastruktur entstehen.

Das SIJORI-Beispiel zeigt deutlich, daß transnationale Kooperationsformen im subregionalen Bereich nur dann längerfristig funktionieren, wenn eine faire Nutzenverteilung stattfindet, wenn der „Transnationalisierungs“-Effekt also tatsächlich allen Beteiligten gleichmäßig zugute kommt und zwar sowohl bei der Produktion (schnelle und billige Herstellung „just in time“) als auch bei der Distribution.

Dieselben Bedenken gelten auch für die Herausbildung von Vier-, Fünf- und Sechsecken.

- Zur Entstehung eines „Goldenen Vierecks“ kam es beispielsweise Mitte 1993, als sich Thailand, Myanmar, Laos und Südchina auf die Schaffung eines integrierten Verkehrsnetzes sowie einer touristischen Infrastruktur in dem einstmals als „Opiumdreieck“ verrufenen Grenzland zwischen Laos, Thailand und Birma einigten. Langfristig könnte dieses Viereck in einem neuen Mekong-Bündnis aufgehen, das die sechs Flußanliegerstaaten Vietnam, Kambodscha, Laos, Thailand, Myanmar und Südchina umfaßt.

- Einen ähnlich poetischen Namen trägt die *Fünfer-Gemeinschaft* des „Goldenen Halbinsellandes“, das 1988 vom damaligen thailändischen Ministerpräsidenten Chatichai vorgeschlagen wurde und das von der Vision einer gemeinsamen Sphäre des Wohlstands aller fünf Länder des festländischen Südostasiens ausging - heutzutage allerdings den etwas nüchterneren Namen „Baht-Block“ trägt: im Zentrum dieser glücksverheißenden Fünfergemeinschaft sollte nämlich das wirtschaftlich am höchsten entwickelte Thailand stehen, dessen Sendung es sei, dafür zu sorgen, daß aus den ehemaligen Kriegsschauplätzen dieser Region Marktplätze würden - man denke an Indochina und an Birma! Im schönen Sanskrit-Begriff „Suwanaphum“ schien das Bild einer helleren Zukunft aufzuleuchten. Allerdings ist es bisher zu keiner engeren praktischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern dieser „Fünfergemeinschaft“ gekommen - und auch für die nächste Zukunft zeichnen sich noch keine konkreteren Perspektiven ab. Sollte das „Goldene Halbinselland“ nur ein schönes Trugbild im Sinne des theravada-buddhistischen *maya* gewesen sein?

- Auch das „Hexagon“, d.h. die aus den drei Indochinaländern sowie Myanmar, Thailand und Südchina konzipierte Gemeinschaft der Mekong-Anliegerstaaten ge-

winnt nur zögernd an Konturen und interessiert vor allem nur die Staaten am Unterlauf, die von einer Verschlechterung der Flußökologie den eigentlichen Schaden abbekämen, vor allem Vietnam und Kambodscha, während den Anliegern am Oberlauf, vor allem der südchinesischen Provinz Yunnan, Myanmar und Thailand an einer festen Einbindung in lästige Verpflichtungen kaum etwas gelegen sein kann.

Einstweilen findet die Kooperation lediglich in drei Bereichen statt, nämlich erstens innerhalb der Gruppe der sog. „Greater Mekong Subregion“ (GMS), welche als einzige alle sechs Länder miteinschließt, ferner auf der Ebene des bereits 1957 gegründeten (und mittlerweile zu neuem Leben erweckten) Mekongkomitees, dem allerdings weder China noch Myanmar angehören sowie drittens in Form bi- oder trilateraler Kontakte der Anliegerländer.

All diesen Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsecken ist gemeinsam, daß sie institutionellen Verfestigungen prinzipiell geneigt sind und statt dessen lieber auf informelle Kontakte, auf Netzwerke zwischen Politikern und auf eine mehr oder weniger unverbindliche „Harmonisierung“ untereinander Wert legen: auf typisch „asiatische“ Formen also, wie sie auch für den ASEM-Gipfel vom März 1996 bestimmend waren, bei dem sich die Regierungschefs der EU und einer Reihe asiatischer Staaten zu einem Gipfel des Kennenlernens ohne besondere Fachthemen und ohne jene Tagesordnungspunkte zusammenfanden, wie sie nach europäischen Vorstellungen nun einmal zu politischen Konferenzen gehören.

### 2.1.3.3

#### Institutionen mit realen Überlebenschancen

Aus der Sicht der späten 90er Jahre sind es lediglich drei den nationalen Rahmen überspannende Integrationsformen, die solide Überlebenschancen haben, nämlich die ASEAN/AFTA, das Netzwerk der Überseechinesen und der TNU (Transnationale Unternehmens)-Mechanismus, wie er vor allem von den japanischen *keiretsu* und den koreanischen *chaebol* zum Erfolg geführt worden ist.

### 2.1.3.3.1

#### ASEAN/AFTA: Lichtblicke einer neuen Freihandelszone

Die Existenz der ASEAN/AFTA wird heutzutage wie ein Naturereignis hingenommen; doch hätte sich noch Ende der 50er Jahre, als es im Rahmen der *Konfrontasi*-Politik Sukarnos überall zu hohen Spannungen in Südostasien kam, kaum jemand ein solches Zusammenrücken träumen lassen! Als die ASEAN 1967 - und zwar unter antikommunistischen Vorzeichen - aus der Taufe gehoben wurde, sich ebenfalls kaum jemand vorstellen können, daß die neue Allianz je in der Lage wäre, alle zehn neu entstandenen Staaten Südostasiens unter einem Dach zu vereinigen. Mittlerweile aber ist aus dem einst so zerrissenen Subkontinent „Südostasien“, für den es in den 30er Jahren des 20. Jh. noch nicht einmal einen gemeinsamen Namen gegeben hatte, ein Verband geworden, der sich erfolgreich um die Herstellung von Konsens bemüht und der Integrationsinstrumente entwickelt hat, die als „typisch asiatisch“ gelten können, weil Beschlüsse hier nicht Streitig, sondern „harmonisch“ (d.h. durch permanenten Gesprächskontakt), und nicht etwa nur durch 51%-Mehrheiten, sondern durch „Konsens“ hergestellt werden. Daß die Integration im übrigen vielfach informell, d.h. durch sog. „Cocktail“-/Kamingespräche oder durch Foren bewerkstelligt wird,

<sup>15</sup>Marty, a.a.O., S.162 ff.

die, wie das 1994 gegründete ARF, dazu beitragen sollen, Gesichtsverluste zu vermeiden, und daß Vertrauensbildung überdies Vorfahrt vor der „bloßen“ Lösung von Sachfragen erhält, ist ein weiteres Merkmal des ASEAN-Stils, der schon heute modellhaft für viele Länder der Dritten Welt geworden ist.

An Überlebensfähigkeit hat die ASEAN vor allem dadurch gewonnen, daß sich ihre sechs Mitglieder seit 1992 dazu durchringen konnten, eine gemeinsame Freihandelszone zu errichten, die bis zum Jahre 2006 ihre Zölle auf den Endtarif zwischen 5% und 0% reduzieren soll und der dann immerhin rund 500 Mio. Verbraucher angehören.

Entwicklungen dieser Art dürften die ASEAN auch organisatorisch weiterbringen, und dazu führen, daß sich die neue Großgemeinschaft nicht länger nur mit informellen Netzwerken, projektbezogenen Abkommen und einem Baukastensatz gemeinsam erarbeiteter Spielregeln begnügen kann, sondern daß sie zu institutionellen Verflechtungen (im Stile des europäischen Fahrplans) übergehen muß, um am Ende auch mit neu entstandenen Handelsriesen wie der EU oder der NAFTA mithalten zu können. Nur eine berechenbarere Verzahnung des gemeinsamen Binnenmarkts, intensiviertere Zusammenarbeit bei der Liberalisierung des Handels und der Dienstleistungen sowie beim Schutz der Umwelt kann auf die Dauer wirklich tragen.

Zwei große Defizite türmen sich allerdings noch als Hindernisse auf, nämlich mangelnde Konfliktbereinigung und die Gefahr des Selbstbetrugs:

- Konfliktbereinigung: Eine Konsolidierung der geplanten Freihandelszone setzt voraus, daß zwischennationale Konflikte so schnell wie möglich beseitigt werden. Seit der Sukarno-Zeit, als die Luft noch von Pulverdampf erfüllt war, haben sich hier zwar bereits Welten geändert. Überall waren Auseinandersetzungen damals ja an der Tagesordnung, sei es nun zwischen Indonesien und Malaysia, zwischen Indonesien und Singapur, zwischen Malaysia und den Philippinen (um Sabah) oder aber zwischen Malaysia und Thailand (um die vier südthailändischen, hauptsächlich von Muslims besiedelten Provinzen), von den Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfeld Indochina erst gar nicht zu reden! Doch gibt es auch am Ende des 20. Jh. noch höchst reale Konflikte, die einerseits dadurch bedingt sind, daß sich Länder wie Thailand, Malaysia oder Indonesien als Konkurrenten ein Rennen um ausländische Investitionen, um Absatzmärkte und letztlich auch um Arbeitsplätze liefern, zum andern aber auch dadurch, daß neue Konfliktlagen aufgetaucht sind, wie erst Mitte der 90er Jahre wiederum zwischen den beiden Nachbarn Thailand und Malaysia: Die Regierung Mahathir wirft den Thais vor, sie schirmten die Grenzen zu Malaysia nicht genügend dicht gegen illegale Zuwanderer aus Südasiens ab. Im Gegenzug beklagt sich Bangkok in Kuala Lumpur darüber, daß Malaysia den Anhängern einer südthailändischen Separatistengruppe, nämlich der Pattani-Befreiungsfront, Unterschlupf gewähre und daß der Anführer dieser Gruppe bisher nicht an Thailand ausgeliefert worden sei. Gerade im „Fall Ismail“ (benannt nach Ismail Thanam, dem Anführer der Pattani-Front) war von thailändischer Seite zu hören, daß „unser südlicher Freund sehr bald unser neuer Feind werden könnte“.<sup>16</sup>

- Eine zweite Hypothek, die auf dem Einigungsprozeß lastet, ist die Gefahr der Selbsttäuschung. Zwar weisen

die Statistiken gegenwärtig überall einen raschen Anstieg des intraregionalen Handels im AFTA-Bereich aus; doch kommt es hier immer noch zu zahlreichen statistischen Mogeleyen und Doppelzählungen. Bestimmte Produkte überqueren also beispielsweise mehrere Male die nationalen Grenzen und werden dabei jedesmal rechnerisch höher bewertet, um dann allerdings am Ende nicht im ASEAN-Bereich, sondern irgendwo im Ausland verkauft zu werden; dies ist Spiegelfechtereie.<sup>17</sup>

Trotz der hier genannten beiden Hauptprobleme haben die ASEAN-Partner aber mit der auf dem Agenda-Programm stehenden AFTA eine neue Qualität gegenseitiger Zusammenarbeit eingeleitet, die auch im 21. Jh. noch tragen dürfte.

### 2.1.3.3.2

#### OCN- und *keiretsu*-Strukturen

Näheres zu diesem Thema unter 2.5.

## 2.2

### Die Überlebensfähigkeit von Staaten: Was bleibt und was verschwindet?

#### 2.2.1

#### Die moderne asiatische Staatenwelt - mit Hypothesen der Kolonialzeit belastet

Die moderne Staatenwelt Asiens mit ihren z.Z. 28 Einheiten (d.h. fünf ost-, sieben süd-, zehn südost- und sechs zentralasiatischen Staaten) präsentiert sich mit einem Doppelgesicht, nämlich zum einen als Wiedergeburt vorkolonialer Zustände, zum anderen aber auch als Produkt der Kolonialzeit.

Vorkolonial ist die Existenz einiger „Nationen“ wie Japan, Korea, China, Indien, Thailand, Vietnam, Kambodscha, Laos und Birma.

Andererseits haben moderne Nationalstaaten wie Indonesien, die Philippinen, Malaysia, aber auch Singapur und die Republiken in Zentralasien ihre Gestalt zumeist erst durch die Kolonialmächte erhalten - und zwar sowohl im guten, d.h. in ihrer heutigen Bestandsfähigkeit, als auch im bösen, d.h. mit all ihren Konflikten - man denke an den Westirien- sowie den Timorkonflikt in Indonesien, an die explosive Minderheitenfrage in einem Land wie Myanmar oder an den jahrzehntelang so blutig verlaufenen Konflikt zwischen den katholischen und den muslimischen Teilen der Philippinen. Vor der Zusammenfügung kolonialer Einzelteile zu geschlossenen Gesamtverbänden hatte es dort zwar viele kulturell gewachsene Einzelkulturen, nicht jedoch einen politischen Gesamtverband gegeben.

Die Tatsache der kolonialen Zangengeburt sagt als solche freilich noch wenig über die Solidität des neuen Gefüges aus. Staaten mit uralter Tradition wie Indien oder Ceylon können beispielsweise wesentlich zerfallsgefährdeter sein als ursprünglich separate „Settlements“, die, wie beispielsweise Malaia, von den Briten zu einem neuen Staat zusammengekittet worden sind: Traditionsstaaten der gefährdeten Art waren entweder immer schon vom (z.B. regionalen) Spaltpilz befallen, wie etwa Indien, oder erhielten während der Kolonialzeit neue Sprengsätze eingebaut, wie z.B. Ceylon das Tamilen- oder die einstigen in-

<sup>17</sup>Rüdiger Machetzki, „Ostasien im weltwirtschaftlichen Aufwind: Europas Gewicht wird unterschätzt“, in: *Asien*, 1996/7, Nr.60. S.16-22.

<sup>16</sup>FEER, 30.1.97, S.16.

dochinesischen Besitzungen Frankreichs das Montagnard-Problem.

Die Kolonisierung Asiens hatte mit vereinzelt Okkupationsmaßnahmen der Portugiesen vor allem zu Beginn des 16. Jh. (Eroberung Malakkas i.J. 1511!) begonnen und war mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren des 20. Jh. zuende gegangen, hatte also fast ein halbes Jahrtausend gedauert, wobei der Höhepunkt auf die 200 Jahre zwischen 1750 und 1950 gefallen war. Als Hauptkolonialmächte waren nacheinander Portugal, Spanien, Holland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA, aber auch das Osmanische Reich, Japan und die Sowjetunion auf den Plan getreten.

Die Entkolonisierung Asiens war Teil einer globalen Befreiungsbewegung, die in sechs Phasen verlief und zunächst (1) nur Nordamerika (Unabhängigkeitsbewegung von 1775 bis 1783) und (2) Hispanoamerika (1783-1830) erfaßte. Am Ende des Ersten Weltkriegs. mit dem Phase 3 einsetzte, verloren das Deutsche und das Osmanische Reich ihre Kolonien, die im Falle der asiatischen „Pachtgebiete“ des Deutschen Reichs (in Jiaozhou sowie auf den Marianen, den Karolinen, auf Westsamoa und im heutigen Papua-Neuguinea) allerdings nicht an die Mutterländer zurückfielen, sondern an andere Kolonialherren übertragen wurden. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann dann der vierte Dekolonisierungsschub - und mit ihm auch die Entlassung der meisten asiatischen Staaten aus kolonialer Vorherrschaft: 1945 erklärten sich Vietnam und Indonesien, 1946 die Philippinen, 1947 Indien, 1948 Birma und die Föderation Malaia und 1954 auch Kambodscha und Laos für unabhängig. Bereits 1945 auch hatten sich Taiwan und Korea aus der Vorherrschaft des japanischen Kaiserreichs befreit. Was von den einstigen „nördlichen Kolonialreichen“ in Asien jetzt noch übrig blieb, waren lediglich Farbtupfer auf der Landkarte, sei es nun die „britische“ Kolonie Hongkong oder seien es die „portugiesischen Kolonien“ Macao, Timor und Goa, deren Fortbestand freilich nur noch eine Frage der Zeit war und die dann ja auch nach und nach „gepflückt“ wurden - als letzte Hongkong (1997) und Macao (1999).

Die fünfte Welle der Dekolonisierung, die mit dem Zusammenbruch der Diktatur in Portugal, der ältesten europäischen Kolonialmacht i.J. 1974/75 ins Rollen kam, wirkte sich hauptsächlich auf Afrika aus, zeigte in Asien aber immerhin zwei Nebeneffekte, nämlich auf Macao und auf Timor, welch letzteres erneut kolonisiert wurde, nämlich diesmal durch das indonesische Militär.

Die sechste (und letzte) Entkolonisierungsbewegung setzte mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums i.J. 1991 ein, in dessen Gefolge sich fünf zentralasiatische Staaten, nämlich Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan emanzipierten und außerdem die Mongolei ihre vollständige Unabhängigkeit erlangen konnte. Die Mongolei gab sich 1992 eine demokratische Verfassung und sagte sich formell vom Marxismus-Leninismus los (4).

Die Dekolonisierung war in ihren Anfängen noch vielfach von der Illusion begleitet, die aus der Vorherrschaft befreiten Völker könnten eine von der Ost/West-Blockbildung unabhängige und nach innen hin repressionsfreie Gesellschaft bilden. Im Zeichen solcher Erwartungen kam es zu drei institutionellen Neubildungen der selbständig gewordenen Länder, nämlich dem Verbund der Bandungsstaaten (Bandung-Konferenz von 1955), der „Bewegung

der Blockfreien“ (NAM, Non Aligned Movement, 1961 unter der Führung Jugoslawiens ins Leben gerufen) und der UNCTAD (UN-Conference on Trade and Development, 1964 als Ständiges Organ der UNO-Vollversammlung gegründet, die schon bald zum wichtigsten UN-Forum der Dritten Welt im Nord-Süd-Dialog wurde und sich zum Gegenpol des GATT und des IMF entwickelte).

Bei all diesen Bewegungen agierten asiatische Staaten mit an führender Stelle. Allen Friedensbeteuerungen zum Trotz, wie sie u.a. in den „Zehn Prinzipien von Bandung“ verankert wurden, kam es aber überall in der Dritten Welt, nicht zuletzt auch in Asien, schon bald wieder zu blutigen Auseinandersetzungen. Die 98 Kriege zwischen 1945 und 1994 wurden fast zu drei Vierteln von Entwicklungsländern ohne Beteiligung der Industriestaaten geführt. In diesen 50 Jahren kamen rund 20 Mio. Menschen ums Leben.<sup>18</sup>

Einige der schwersten militärischen Zusammenstöße spielten sich in Asien ab - man denke an die drei Kriege zwischen Indien und Pakistan, an das Kräftemessen zwischen Indien und China von 1962, an den chinesisch-vietnamesischen Konflikt von 1978/79, an die kambodschanisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen zwischen 1979 und 1989, an die blutigen Dauerschmützel zwischen Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka, an die *Konfrontasi*-Politik Sukarnos in den frühen 60er Jahren oder an die Grenzkonflikte in Festlandsüdostasien, die sich zwischen Thailand und Kambodscha, Thailand und Laos oder Vietnam und Kambodscha abspielten. All diese Konflikte fanden ohne Beteiligung westlicher Mächte statt, auch wenn diese mit ihren Waffenlieferungen manchmal zumindest indirekt kräftig mitmischten.

Das Erbe des Kolonialismus hat bei allen kolonisierten - und übrigens auch bei den zwei nichtkolonisierten (Japan, Thailand) - Staaten Asiens Spuren hinterlassen, und sich vor allem in zwei Bereichen höchst ambivalent ausgewirkt, nämlich bei der „nationalen Integration“ und bei der Modernisierung: die Kolonialherren haben zwar zahlreiche neue Großgebilde geschaffen, die allerdings von vornherein mit Konflikten durchsetzt waren. Ohne die Integrations-tat der Briten gäbe es beispielsweise kein Myanmar und kein Malaysia, aber auch keinen birmanischen Dauerkrieg und keine malaysischen Community-Sprengsätze.

Ähnlich doppelbödig hat sich das Modernisierungserbe ausgewirkt: Die Kolonialherrschaft hat zwar, wie beispielsweise J. Nehru sogar in seinem Gefängnistagebuch von 1930 ff. einräumte,<sup>19</sup> Anstöße zur Selbstbesinnung geliefert, das Selbstbewußtsein der erwachten jungen Nationen gleichzeitig aber auch auf eine harte Identitätsprobe gestellt.

Wie die nachkolonialen Entwicklungen im einzelnen auch immer verlaufen sein mögen: auch im 21. Jh. dürften die Eierschalen der kolonialen Hinterlassenschaft noch lange nicht abgestreift sein, sondern sich weiterhin sowohl als Positiva wie auch als Hypothesen auswirken - nicht zuletzt auch auf die Stabilität und Integrität der neuen Nationen. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Staatenwelt Südasiens:

<sup>18</sup>Pfetsch, Frank R., Billing, Peter, *Handbuch nationaler und internationaler Konflikte*, Baden-Baden 1994, S.192 f.

<sup>19</sup>*Glimpses of History*, deutsch: *Weltgeschichtliche Betrachtungen. Briefe an Indira*, Düsseldorf 1957.

## 2.2.2

**Zerfallsbedroht: Die Staatenwelt Südasiens**

Unter allen Ländern Asiens scheinen die südasiatischen Staaten, allen voran Pakistan, Sri Lanka und Indien, für den Marsch ins 21. Jh. besonders schlecht gerüstet zu sein.

Während in den Ländern Südostasiens die Spannungen zwischen Hauptvölkern und Minoritäten sowie zwischen Fundamentalisten und Gemäßigten gerade in den 90er Jahren an Zuspitzung zu verlieren scheinen (man denke an die Aussöhnung mit den Moros auf den Philippinen, an das friedlicher gewordene Zusammenleben zwischen Huaaren und Bumiputra in Malaysia, an die Reintegration der Roten Khmer ins Königreich Kambodscha oder an die nachlassenden Spannungen zwischen Tieflandvölkern und Montagnards in Vietnam und Laos), nehmen die entsprechenden Konflikte in Südasien offensichtlich an Schärfe immer mehr zu, sei es nun in Sri Lanka (tamilische Befreiungstiger gegen die singhalesische Staatsmacht), in Indien (Aufstieg der Hindunationalisten im Gefolge des Wahlsiegs der BJP i.J. 1996) oder aber in Pakistan:

## 2.2.2.1

**Pakistan - von Konflikten zerrissen**

Am stärksten scheint die „Islamische Republik“ Pakistan in ihrer nationalen Substanz gefährdet zu sein, die - ohne britisches Dazutun! - bekanntlich nach einer blutigen Abnabelung von Indien im Jahre 1956 ausgerufen worden ist - und zwar als Nation der Muslime.

Der Kunstname „Pakistan“ bedeutet einerseits soviel wie „Land der Reinen“, ist zugleich aber auch das Akronym aus Buchstaben der einzelnen westpakistanischen Landschaften, nämlich *P* unjab, *A* fghan-Frontier, *K* ashm*i* r, *S*indh und Belutschistan. Staatsgründer Ali Jinnah (1876-1948) war bei der auf ihn zurückgehenden „Zwei-Nationen-Lehre“ davon ausgegangen, daß Hindus und Muslims nicht nur zwei verschiedenen religiösen, gesellschaftlichen und kulturellen Systemen angehörten, sondern, mehr noch, zwei „Nationen“: Sie heirateten nicht untereinander, ja setzten sich nicht einmal an denselben Tisch; sie beriefen sich auf unterschiedliche Traditionen ebenso wie auf unterschiedliche Feindbilder: wer hier als Held gefeiert werde, gelte dort als Todfeind. Ziel müsse es demzufolge sein, für den „gefährdeten Islam“ eine Heimat zu schaffen, in der es keine Punjabis, Bengalen, Belutschen oder Pathanen mehr gebe, sondern nur noch Muslims - als eine Gemeinschaft der Gläubigen in der Nachfolge der Umma (Gemeinde) von Medina.<sup>20</sup>

Dieses Ziel kam einer Quadratur des Kreises gleich, weil die Grundbefindlichkeit Pakistans von Anfang an (ethnische, ja sogar religiöse) Zersplitterung war - und es bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Gerade in Pakistan, das wie mit einem Reißverschluß entlang dem Indus zusammengefügt wurde und wo sich West und Ost, Arabien und Indien die Hände reichen, aber auch ständig aneinander reiben, treten die verschiedensten strukturellen Konfliktlagen besonders deutlich zutage, nämlich ethnische, soziale und sogar religiöse Spannungen:

Was erstens den Konflikt zwischen verschiedenen Völkern und Kulturen anbelangt, so beherbergen zwei der vier Provinzen Pakistans, nämlich Belutschistan und Paschtunistan Bevölkerungen, die sich ihrem Denken und Brauch-

tum nach eher zu den Stammesgenossen in Afghanistan und Iran hingezogen fühlen, während die Punjabis und Sindhis (östlich des Indus) eher in Indien „zu Hause“ sind - hier also „Araber in der indischen, dort Inder in der arabischen Diaspora“.<sup>21</sup>

Die ethnische Brisanz hat zur ersten großen Existenzkrise des „Staats der Reinen“, nämlich zum Konflikt mit dem bengalischen Nationalismus geführt, der das Land 1971 auseinanderprengte und zwei „nationale“ Reste, nämlich (West-) Pakistan und Bangladesh hinterließ. Allerdings kam auch Restpakistan nach dieser Amputation keineswegs zur Ruhe, da auch dort längst ethnische Streitigkeiten ausgebrochen waren, nämlich der Konflikt zwischen Einheimischen und jenen Muhadschiren (Mohadjir), die 1947 - und zwar im Anschluß an die Teilung des indischen Subkontinents - aus Indien geflohen waren und in dem gerade neu entstandenen muslimischen Nationalstaat Pakistan Aufnahme gefunden hatten. Vor allem im südlichen Bundesstaat Sindh baute sich hier schnell ein Spannunggefüge zwischen Zuwanderern und Einheimischen auf, das in den 90er Jahren zu einem regelrechten Bürgerkrieg eskalierte, dem 1996 jede Stunde zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Seine besondere Zuspitzung fand dieser Konflikt in der Regionalhauptstadt Karachi, die mit ihren mittlerweile 10 Mio. Einwohnern zu den am schnellsten wachsenden Großstädten Asiens gehört und in der rund 30% des pakistanischen Volkseinkommens erwirtschaftet werden. In Karachi, in dem die Muhadschiren mittlerweile rund 60% der Bevölkerung stellen, bündeln sich die Probleme Pakistans wie in einem Brennglas: hier vor allem versuchen die Nachkommen der indischen Einwanderer ihre Privilegien zu verteidigen, insbesondere gegen die „einheimischen“ Sindhis, die sich in fast allen Aspekten des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens an den Rand gedrängt fühlen, aber auch gegen andere Minderheiten. Die Muhadschiren setzen sich, da sie bei den gesamtstaatlichen Wahlen mit ihrer MQM (Mohadjir Quau-mi Movement) immer nur zur drittstärksten Kraft werden können, mittlerweile auch mit einer wohlorganisierten Stadtguerillabewegung zur Wehr, die auch außerhalb Karachis aktiv ist.<sup>22</sup>

Eine zweite Bürde Pakistans, die sich mit dem Ethno-konflikt z.T. überschneidet, ist sozialer Natur und zeigt sich in dem Widerspruch zwischen Grundbesitzertum und Arbeitern sowie Bauern, die häufig am Rande der Existenz wirtschaften. In weiten Teilen Pakistans, vor allem im fruchtbaren Indusdal, das sich auf den letzten 400 km durch die Provinz Sindh windet, konzentriert sich der natürliche Reichtum und die politische Macht in den Händen der *Wadera*, denen riesige Latifundien sowie Öl- und Zuckermühlen gehören. Die *Wadera* suchen ihre Privilegien, ähnlich wie die Zamindare im benachbarten Indien, mit Hilfe bewaffneter Söldnereinheiten zu sichern, und sind nicht zimperlich, wenn es gilt, gegen insubordinative Landarbeiter oder gegen jene „Dacoits“ vorzugehen, die mit ihrem Verhalten ein weites Vorstellungsfeld abdecken, angefangen vom edlen Robin Hood bis zum Raubmörder.

Kein Wunder, daß die pakistanische Junkerklasse im Zuge wachsender Verunsicherung längst dazu übergegangen ist, ihre Land- sowie Stadthäuser festungsartig zu ummauern und sie von Scherzbewaffneten bewachen zu lassen, u.a. auch im Villenviertel „Defence“ im Herzen Karachis.

<sup>21</sup>Im einzelnen dazu Weggel, 1989, S.133.

<sup>20</sup>Jinnahs Speeches as Governor General of Pakistan, 1947-1948, Karachi o.J., S.104.

<sup>22</sup>Dazu Saeed Shafquad, „Pakistan under Benazir Bhutto“ in *AS* 1996, S.655-672, 670 f.

Die Politikerkaste Pakistans rekrutiert sich fast ausnahmslos aus den rund zwei Dutzend Landlorddynastien sowie aus dem Mitgliederstamm einflußreicher Muhadschiren, der in aller Regel auch Nährboden vor allem der militärischen Elite ist.

Ob nun aus dem Großgrundbesitzer- oder aus dem Muhadschirenmilieu stammend: keiner der von dort kommenden Politiker ist auch nur von ferne daran interessiert, dem allgemeinen Interesse zu dienen und beispielsweise Bodenreformen durchzuführen, die lokale Verwaltung zu stärken oder die Polizei zivilen demokratischen Kontrollen zu unterstellen, auch wenn Politiker der PPP (Pakistan People's Party), wie Großgrundbesitzer Zulfikar Ali Bhutto oder seine Tochter Benazir, nach außen hin immer wieder als Anwälte des Volkes auftreten.

Zwar hat Pakistan im Laufe seiner Geschichte bisher mehr Wahlen durchgeführt als irgendein anderes islamisches Land (von der Türkei einmal abgesehen), doch hat keine einzige der seit 1977 gewählten Regierungen bisher ihre Amtsperiode zuende führen können, weil sie entweder abgesetzt oder durch einen Militärputsch beseitigt wurde. Auch die Berufung auf den Islam, die zum Ritual jedes Politikers gehören, wird von den Wählern nur selten ernst genommen. Mißtrauen und Konspirationsverdacht sind in diesem Milieu der Unwahrhaftigkeit zu einem Hauptelement der „nationalen Psyche“ geworden.<sup>23</sup>

Konfliktpotential Nr.3 hängt paradoxerweise ausgerechnet mit jenem Lebenselement zusammen, das doch eigentlich über jeden Parteienhader erhaben sein sollte, weil es den Zement für die Fundamente des Staates liefert, nämlich dem Islam, der in der politischen Praxis jedoch längst zum Zierat der Macht verkommen zu sein scheint.

Schon der Abfall der bengalischen Muslime im Jahre 1971 hat gezeigt, daß religiöse Bindekraft allein den säkularen (in diesem Fall: bengalischen) Nationalismus keinesfalls zu überspielen vermochte.

Hinzu kommt die Tatsache, daß es „den“ Islam in Pakistan nicht gibt, sondern daß dieser von allen Politikern gemeinsam beschworene Glaube in zahlreichen Farben schillert und in einer Vielzahl von Bewegungen, Denkschulen, Sekten und Untersekten zutage tritt. Besonders tief verwurzelt ist der von Fundamentalisten bekämpfte Volksglaube, dessen Ursprünge vorislamischer Natur sind und der zahlreiche Gemeinsamkeiten mit hinduistischem Brauchtum aufweist, vor allem im Zeichen der Heiligenverehrung: die Gräber mohammedanischer Mystiker und Missionare gleichen beispielsweise eher hinduistischen Heiligtümern als den üblichen Moscheen. Auch führen Pilgerreisen (*urs*) eher zum Grab des lokalen Wadi („Gottesfreunds“, d.h. eines Missionars, der einst die Stämme am Indus zum Islam bekehrt hat) als nach Mekka: bei den Feierlichkeiten am Grab geht der Gläubige davon aus, daß der Wadi hof hält und die Gläubigen empfängt - ebenfalls ein hinduistisches Element im volksislamischen Glauben. Nicht nur Filme spielen im Umfeld der Tempelheiligtümer, sondern auch Politiker lassen sich gerne beim *Urs* und beim Blumenopfer vor den Torbögen der Grabmonumente fotografieren.

Neben der Volksreligion haben es aber auch die Mystikerorden sowie Bruderschaften und Gräberkultvereinigungen zu hoher Popularität gebracht. Mitglieder solcher Gemeinschaften sind jene „Weisen“, die in Pakistan „*pir*“ heißen

und eifrigen Zulauf finden: für streng fundamentalistische Anhänger des Gesetzes-Islams (Jamaati Islami) sind all diese Volks- und vorislamischen Phänomene ein Greuel!

Während der Volksislam in Glaubensfragen fast so tolerant ist wie der Hinduismus, herrscht bei den Fundamentalisten, die Assoziationen zur Khomeini-Bewegung aufkommen lassen, strenge Orthodoxie: sie fordern Reinhaltung des Glaubens und Trennung der Geschlechter; der Tschador soll für jede Frau Pflicht sein.

Gegensätze dieser Art führen zu Spannungen, ja manchmal zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. 1996 forderte der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten 170 Tote; im Januar 1997 zerriß eine Bombe im Zentrum Lahores 26 Menschen. Am Tag darauf ging das proschiitische iranische Kulturzentrum in Lahore in Flammen auf.

Wie soll ein Land, das sich ganz auf eine gemeinsame Religion gründet, die ihrerseits aber so vielfach gespalten ist, zu einer modernen Nation werden können?

Um die Aussichten des Staates Pakistan, das 21. Jh. zu überleben, ist es nach alledem nicht gerade günstig bestellt!

#### 2.2.2.2

#### Indien: Spaltpilze im Gefüge der größten Demokratie der Welt?

Nicht nur das islamische Pakistan, sondern auch das säkulare Indien ist schweren Zerreißproben ausgesetzt, vor allem seit fundamentalistische und regionalistische Kräfte damit begonnen haben, der Kongreßpartei, also der einzigen politischen Kraft, die seit der Unabhängigkeit Indiens für die nationale Einheit eingetreten war und die sich seit 1946 nahezu ununterbrochen an der Macht halten können, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947 wurde die Kongreßpartei im Mai 1996 vernichtend geschlagen: von 547 Sitzen erhielt der Kongreß 139, die BJP sage und schreibe 190 und ein Mitte-Links-Bündnis 111 Sitze. Das Ergebnis erscheint schon heute als ein Meilenstein in der Geschichte des Landes, weil es nicht nur den Machtverlust des Kongresses, sondern auch den Vormarsch der Fundamentalisten signalisierte.

Drei Hauptprobleme sind es vor allem, die längerfristig die Einheit Indiens in Frage stellen könnten, nämlich die Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Mohammedanern, zwischen Separatisten und Verfechtern des politischen Zentralismus sowie zwischen „Unberührbaren“ und Kastenhindus.

Da ist erstens der Hindu/Muslim-Konflikt:

Am 6. Dezember 1992 zerstörten fanatisierte Hindus mit Spitzhacke und bloßen Händen die Babri-Moschee in dem auf halber Strecke zwischen Delhi und Kalkutta gelegenen Ayodhya, die zu Beginn der mogulischen Fremdherrschaft in Indien (1526-1858) von Kaiser Ba bur auf den Trümmern eines hinduistischen Tempels errichtet worden war, der dort - am angeblichen Geburtsort des Gottes Rama! - seit vielen Jahrhunderten gestanden hatte.

Diese Demütigung hat bei den Hindus, vor allem aber bei den Hindu-Fundamentalisten bis auf den heutigen Tag ein Trauma hinterlassen: Rache ist angesagt und hat sogar im Parteiprogramm der nationalistischen Hindupartei

<sup>23</sup>Dazu Marvin G. Weinbaum, „Civic Culture and Democracy in Pakistan“, AS, S.639-654, 649.

BJP (Bharatiya Janata Party) ihren Niederschlag gefunden. 1992 kam es denn auch zu der oben erwähnten, von der BJP initiierten antimuslimischen Kampagne, in deren Verlauf die Moschee von Ayodhya zerstört und rund 2.000 Mohammedaner gezielt durch jene paramilitärische Hinduorganisation Shiv Sena ermordet wurden, deren Repräsentanten bekanntermaßen eng mit der BJP zusammenarbeiten.

Zur Rechtfertigung der Moschee-Vernichtung berief sich die BJP darauf, daß ja auf der Gegenseite indische Muslims in den vergangenen Jahren im Unruhestaat Kaschmir ihrerseits vier Dutzend Hindutempel geschändet und teilweise geschleift hätten.

BJP und Shiv Sena gehen bei ihrer antiislamischen Politik davon aus, daß Indien - als Spätfolge der Mogul-Herrschaft - nicht nur um Pakistan und Bangladesch beraubt worden sei, sondern daß ihm künftig, wenn man nicht auf der Hut sei, noch weitere Abspaltungen ins Haus stünden, vor allem die eines autonomen „Islamistan“.

Seit Jahren bekämpfen sich in Indien fundamentalistische Bewegungen, die auf der islamischen Seite z.T. vom Ausland (vor allem vom Iran und von Pakistan) her unterstützt werden und die sich auf hinduistischer Seite vor allem um die BJP herum zusammenscharen: mit solchem Erfolg, daß die Partei bei den Nationalwahlen vom Mai 1996 die meisten Stimmen errang, wobei das Hauptpotential der Wähler offensichtlich weniger aus Fanatikern als vielmehr aus verunsicherten Hindu-Angehörigen bestand.

Die Shiv Sena will noch weitere Moscheen, u.a. in Madhurai, in Varanasi („Benares“) und in Delhi schleifen. Getroffen werden sollen mit solchen Aktionen nicht nur lokale Symbole, sondern der Islam als solcher, der den Hindu fundamentalisten als Ursache aller Übel gilt und der in der Shiv Sena-Propaganda etwa ähnlich angeschwärzt wird wie einst das Judentum durch die NS-Propaganda. Nach einer Umfrage der *India today* vom Januar 1993 zerfällt die Indische Union, verbreitetem hinduistischem Volksempfinden zufolge, mittlerweile in 700 Mio. „Patrioten“ und 120 Mio. „Vaterlandsverräter“: zum Hinduismus bekennen sich in Indien 81% der Bevölkerung, zum Islam 14%.<sup>24</sup>

Die BJP, die mittlerweile (1997) in vier indischen Bundesländern die Regierung stellt, ist eine von Hindu fundamentalisten gegründete Partei, die eng mit mehreren straff geführten Hilfsorganisationen, u.a. der Shiv Sena sowie dem Welthindurat zusammenarbeitet und die das Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hat, das säkulare Indien in einen Hindustaat umzuwandeln, Hindi als Nationalsprache durchzusetzen und vor allem *Hindutva* („Hindutum“) in der Union verpflichtend werden zu lassen. Damit aber würde das Fundament der Indischen Union, nämlich der Säkularismus, definitiv verlassen - und am Ende paradoxerweise vielleicht doch noch die Voraussetzung für jenes „Islamistan“ geschaffen, das mit zu den Alpträumen der Hindu-Fundamentalisten gehört.

Eine zweite Gefahr für die Union geht vom regionalistischen Spaltpilz aus:

Indien blickt auf eine lange Regionalismustradition zurück. Dies wird besonders deutlich, wenn man die indische mit der chinesischen Geschichte vergleicht: Während nämlich in China der Zentralstaat zur Normalität, die

Spaltung aber zur Ausnahme gehörte, war es in Indien gerade umgekehrt: Von den 2132 Jahren, die zwischen dem Anfang der Qin- und dem Ende der Qing-Dynastien lagen, standen 1718 im Zeichen der Einheit und nur 414 Jahre im Zeichen der Spaltung. Blickt man andererseits auf die indischen Dynastien, so kann man überhaupt nur bei dreien von ihnen, nämlich der Maurya- (320-185 v.Chr.), der Gupta- (320-535 n.Chr.) und der Mogul-Dynastie (1525-1857) von Großreichen sprechen. Von den 2177 Jahren zwischen dem Beginn der Maurya- und dem Ende der Mogul-Dynastie lassen sich nur 163 „Zentralismus“-Jahre ausmachen. Verglichen mit China, wo das Verhältnis bei 4:1 liegt, engen sich die Zeiten des zentralen Einheitsstaats in Indien also auf 1:13 ein. Allerdings waren die regionalen indischen Königsstaaten dafür umso solider gefügt!

Das Parteienspektrum des neuen Indien ist zwar jahrzehntelang durch den Nationalkongreß beherrscht worden; doch sind im Laufe der Zeit zahlreiche Regionalparteien entstanden, angefangen von der Telugu Desam („Teluguland“) des populären Filmschauspielers N.T. Rama Rao über zahlreiche dravidische Bewegungen bis hin zur KP Indien, die ihre Kerngebiete in den Bundesländern Kerala und Westbengalen fand (und damit übrigens zu einer Regionalpartei wider Willen wurde). Separatistische Tendenzen gingen auch von Muslimgruppierungen aus sowie nicht zuletzt von den Sikhs, in deren nordindischem Heimatstaat Punjab sich seit 1980 ein dramatisches Tauziehen zwischen integrativen und kommunalistischen Kräften abspielt: terroristische Aktivitäten der Sikh-Extremisten, Forderungen nach einem unabhängigen Sikh-Staat „Khalistan“, die Erstürmung des Goldenen Tempels von Amritsar durch die indische Armee, die im Gegenzug erfolgende Ermordung Indira Gandhis durch einen Sikh-Leibwächter und die sich anschließenden Sikh-Pogrome in Neu-Delhi waren dramatische Höhepunkte des Ringens um separatistische Lösungen, das durch Befürchtungen, die eigene Sikh-Mentalität verlieren zu können, noch bestärkt wurde.<sup>25</sup>

Da die einzige Landroute Indiens nach Jammu und Kaschmir mitten durch den Punjab führt, könnte gleichzeitig mit der Verselbständigung des Punjab auch Kaschmir von der Indischen Union losgetrennt werden.

In einer Zeit, da die Kongreßpartei vergreist und immer mehr an Einfluß verliert, dürften die uralten regionalistischen Tendenzen wieder verstärkt Auftrieb erhalten.

### 2.2.2.3

#### Sri Lanka: Auf dem langen Marsch zur Zweistaatlichkeit

Sri Lanka, das frühere Ceylon, ist zu 74% von Singhalesen und zu 13% von Tamilen bewohnt - und befindet sich auf dem Weg der Aufspaltung in einen (südlichen) Singhalesenstaat und ein von den Aufständischen um das nördliche Jaffna herum angepeiltes „Tamil Eelam“, das, würden sich seine Umrisse verwirklichen, etwa ein Drittel der Inselfläche einnehme.

Die „Jaffna-Tamilen“ sind im Laufe vieler Jahrhunderte, vor allem aber während der Kolonialzeit, von Südindien her auf die Tropeninsel eingewandert und waren für die auf ein Divide et impera bedachten britischen Kolonialherren

<sup>25</sup>Marla Stukenberg, „Der Sikh-Konflikt im indischen Bundesstaat Punjab - Annäherung an das Psychogramm einer Ethnie“, *Asien*, Juli 1993, 48, S.58-71.

<sup>24</sup>Zur Shiv Sena vergl. *India today*, 31.3.95, S.86-89.

lange Zeit willkommene Helfershelfer bei der Verwaltung der Insel.

Seit Ceylon freilich 1948 in die formelle Unabhängigkeit entlassen wurde und die von Solomon Bandaranaike gegründete SLFP ( Sri Lanka Freedom Party) an die Macht kam, hatten die Tamilen das Gefühl, einer „neuen Kolonialherrschaft“ unterworfen zu werden, vor allem nachdem durch das Sprachengesetz vom Juli 1957 Singhalesisch an Stelle des Englischen zur einzigen Nationalsprache erhoben, der Buddhismus immer mehr in den Vordergrund gerückt und auch bei der Verteilung von Beamtenstellen ein strammer „Pansinghalismus“ eingeleitet worden war.

Das singhalesische Vorpreschen erzeugte Gegenreaktionen und führte 1972 zur Gründung der TULF (Tamil United Liberation Front) sowie in den nachfolgenden Jahren zur Herausbildung der LTTE (Liberation Tigers for Tamil Eelam), die einen Guerillakrieg gegen die Regierungsarmee der Singhalesen entfachte, der sich jahrelang ohne Ergebnis hinzog und schließlich auch aussenpolitische Dimensionen annahm: 1987 nämlich erklärte sich der nördliche Nachbar Indien, der die Tamilen bis dahin mit Waffen unterstützt hatte, bereit, an einer Autonomielösung für die Tamilen mitzuarbeiten und zu diesem Zweck Truppen zu entsenden. Die LTTE lehnte jedoch die auch von Indien verlangte Entwaffnung ihrer Partisanen ab und kämpfte nun sogar gegen das indische Expeditionsheer, das Ende der 80er Jahre mit nicht weniger als 100.000 Soldaten auf die Insel eingerückt war, sich nach jahrelangen verlustreichen Kämpfen Anfang der 90er Jahre aber gedemütigt von dort wieder zurückziehen mußte. Nach diesem Triumph glaubte die LTTE, mit den singhalesischen Truppen definitiv kurzen Prozeß machen zu können und zettelte einen zweiten Krieg für die „Befreiung Tamil Eelams“ an. Sie hatte freilich nicht mit einer neuen Nationalismuswelle bei den Singhalesen und mit den nun folgenden indischen Gegenreaktionen gerechnet: 1995 trat Colombo mit einer aus rund 100.000 Freiwilligen neugebildeten Armee zum Gegenangriff an und eroberte im Oktober erstmals die tamilische Hochburg Jaffna.

Darüber hinaus löste die Ermordung Rajiv Gandhis am 21.5.1991 durch ein tamilisches Selbstmordkommando indische Gegenreaktionen im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu aus, der für die „Tiger“ bis dahin ein ideales Rückzuggelände gewesen war, der nun allerdings die Schotten für Jaffna-Tamilen dichtmachte.

Trotz dieser gefährlichen Rückschläge gelang es den „Befreiungstigern“ aber erneut, auf einen Guerillakampf auszuweichen, diesmal in den Dschungeln von Vanni im Norden der Insel. Damit blieben die Auseinandersetzungen weiterhin offen. Dies erkannte auch die neugewählte Präsidentin Kumaratunga, und drängte deshalb, ungeachtet der augenblicklichen militärischen Überlegenheit, auf einen politischen Ausgleich: angeboten wurde weitgehende Autonomie des Tamilengebiets sowie die Erhebung des Tamil zur gleichberechtigten Nationalsprache. Langfristig würde eine solche Lösung wohl auf eine endgültige Durchsetzung der Tamil Eelam-Forderungen hinauslaufen! Die kriegsmüde singhalesische Bevölkerung stand hinter diesem Vorschlag. Doch gingen die Auseinandersetzungen auch jetzt weiter: statt das Land gemeinsam aufzubauen und es auf das 21. Jh. vorzubereiten, erschöpften die Gegner ihre Kräfte in einem Kampf um „mikro-nationale“ Belange!

### 2.2.3

#### Ostasien: Auf der sicheren Seite des Nationalstaats?

Verglichen mit labilen Gebilden wie Pakistan oder Sri Lanka erscheinen die Staaten Ostasiens geradezu wie Felsen in der Brandung, auch wenn sie, bei genauerem Hinsehen, alles andere als für die Ewigkeit gefügt sind. Auf alle Fälle aber sind sie für die Rolle einer künftigen Handlungsträgerschaft weitaus besser gerüstet als die Länder Südasiens. Dies hängt zum einen mit der kulturellen und ethnischen Homogenität einiger Nationen, vor allem Japans und Koreas zusammen, aber auch mit einer wesentlich länger geübten Praxis des Zentralismus: der oben (2.2.2.2) präsentierte Vergleich zwischen Indien und China sollte dies zur Genüge bewiesen haben. Drittens aber gibt es in den metakonfuzianischen Staaten überall eine verhältnismäßig feste Zellenbildung, die dem Prinzip des pyramidalen Analogismus folgt: während die rund 1.500 indischen Jatis/Unterkasten das Trennende zu betonen pflegen, ja sich als solche durch die Unterschiedlichkeit von anderen Jatis geradezu legitimieren, weisen die Gesellschaften Japans, Chinas oder Koreas in ihren Kleinststrukturen (Familien, Clans, Vereine) stets dasselbe, den Gesetzen von Hierarchie und Vertikalität verpflichtete Pyramidalmuster auf wie die Großstrukturen vom Range der Provinzen oder gar des Gesamtstaats. Der Familienvater ist also genauso Kaiser der Familie wie umgekehrt der Kaiser Vater der staatlichen Großfamilie ist, die nicht zuletzt aus diesem Grunde auch *guojia*, nämlich „Staatsfamilie“ heißt. Selbst wenn der Gesamtverband zerfällt, wie es ja vor allem in der chinesischen Geschichte häufig genug geschehen ist, finden sich die Teile am Ende doch immer wieder paßgerecht zur Gesamtstruktur zusammen.<sup>26</sup>

Trotz solcher Integrationsmechanismen ist es allerdings in einem Staat wie der VR China immer wieder zu Zerreißproben gekommen, die wenig Gutes für einen langandauernden Zusammenhalt der Volksrepublik zu verheißen scheinen. Vor allem sind es die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Küsten- und Hinterlandsprovinzen, die in den ersten Reformjahren zwar reduziert werden konnten, die seit Ende der 80er Jahre aber erneut zugenommen haben. An der Ostküste liegen die zehn reichsten Provinzen (gemessen in BIP pro Kopf), nämlich (in dieser Reihenfolge!) Shanghai, Beijing, Tianjin sowie Guangdong und Zhejiang, gefolgt von Liaoning, Jiangsu, Fujian, Shandong und Hainan. 1994 lag das BIP pro Kopf Shanghais (9.946 Yuan RMB) neunmal so hoch wie dasjenige der ärmsten Provinz, Guizhou (1.102 Yuan) - Tendenz: wachsend. Mehrere Ursachen sind es, die zu dieser Ausweitung der regionalen Unterschiede beitragen, nämlich (1) das Ausmaß, in dem einzelne Provinzen in die außenwirtschaftlichen Ströme eingegliedert sind und vor allem ausländische Investitionen erhalten, (2) der Grad der wirtschaftlichen Liberalisierung, der sich nach dem Umfang des nichtstaatlichen Sektors bestimmen läßt und (3) die Wirtschaftsstruktur, gemessen am Beitrag einzelner Sektoren zur Wirtschaftskraft sowie zur Beschäftigung.<sup>27</sup>

Die Beijinger Regierung ist inzwischen dazu übergegangen, die Gefälle so weit wie möglich einzuebnen. Allerdings muß sie zur Kenntnis nehmen, daß die Wachstumsdynamik in den ohnehin schon wohlha-

<sup>26</sup>Näheres dazu Weggel, 1991, S.66 f.

<sup>27</sup>Dazu Margot Schüller, „Die Schattenseiten des chinesischen Wirtschaftswunders: Regionale Entwicklungsgefälle und Armut“, C.a. 1997/2, S.128-145.

benden chinesischen Ostprovinzen vermutlich noch zehn bis zwanzig Jahren ungebrochen weitergeht, so daß die regionalen Disparitäten nicht etwa verschwinden, sondern im Gegenteil noch zunehmen.<sup>28</sup>

Drei Instrumente stehen der Zentrale - theoretisch! - zur Verfügung, um das wachsende Gefälle zwischen „Küste“ und „Hinterland“ wieder unter Kontrolle zu bringen, nämlich Mittel der Macht-, der Sozial- und der Finanzpolitik.

- Bei Machtmitteln darf nicht an militärische Maßnahmen gedacht werden. Vielmehr hat sich die Beijinger Führung subtilerer Mittel zu bedienen, wobei ihr vor allem die Möglichkeiten punktueller Verbote sowie - wichtiger noch! - Möglichkeiten der Personalpolitik zur Verfügung stehen. Hier, im Bereich der Nomenklatursteuerung, besitzt sie ja nach wie vor ihre stärksten Mittel, um partikularistisch denkende Funktionäre zur Raison zu bringen, und sie notfalls sogar kaltzustellen.

- Strukturpolitisch kann die Zentrale entweder stärker auf Wachstum *in* den Regionen oder aber vermehrt auf Ausgleich *zwischen* den Regionen hinwirken. Beide Arten von Regionalpolitik sind in der Volksrepublik ausgiebig praktiziert worden: während der maoistischen Zeit stand die ausgleichsorientierte, während der reformerischen Jahre (1978 ff.) zunächst die wachstums- und erst seit Mitte der 90er Jahre auch die ausgleichsorientierte Politik wieder im Vordergrund. Ausgleichszielsetzungen formuliert u.a. auch der Neunte Fünfjahresplan (1996-2000), demzufolge Zentral- und Westchina höhere finanzielle Zuschüsse überdies mehr staatliche Kredite sowie Infrastrukturprojekte erhalten sollen. Auch die Armutsbekämpfung wird als Mittel gegen wachsende Ungleichgewichte eingesetzt. Zum Programm der Armutsbekämpfung gehört die Verbesserung der Schulausbildung, der medizinischen Betreuung sowie der Trinkwasserversorgung, des weiteren der Bau von Straßen und eine strengere Geburtenkontrolle.

Daneben gibt es aber auch wachstumsorientierte Maßnahmen, z.B. die Förderung von Investitionen sowohl inländischer als auch ausländischer Firmen in West- und Zentralchina sowie die Unterstützung von Patenschaften zwischen Küsten- und Inlandsprovinzen. Beijing ist beispielsweise für die Innere Mongolei, Tianjin für Gansu, Shanghai für Yunnan, Fujian für Ningxia, Guangdong für Guangxi, Zhejiang für Sichuan, Shandong für Xinjiang und Jiangsu für Shaanxi „zuständig“.

- Was schließlich die finanzpolitischen Ausgleichsmaßnahmen anbelangt, so gibt es zahlreiche Aufteilungsmodelle zwischen Zentrale und Provinzen, die mittlerweile allerdings an Bedeutung verlieren.<sup>29</sup>

Förderungsmaßnahmen, die in all diesen Richtungen eingeleitet wurden, waren noch jedesmal gut gemeint, dürften aber kaum verhindern, daß China mittelfristig in mehrere Volkswirtschaften zerfällt. Erst in einem nachholenden Prozeß, wenn die Märkte im Küstenbereich gesättigt und die Aufmerksamkeit einer produktiv gewordenen Küstenindustrie sich verstärkt auch dem Hinterland zuwendet, dürften die Unterschiede nach und nach wieder ausgeglichen werden. In der Zwischenzeit muß China hoffen, daß die Strukturen des pyramidalen Analogismus und der Personalpolitik stark genug sind, um Karenzzeiten

überbrücken zu helfen und ein Mindestmaß an Zusammenhalt zu gewähren.

Von einer föderalen Ordnung ist das Land noch weit entfernt. So gibt es beispielsweise keinerlei eigenständige Kompetenzen und Gestaltungsspielräume der regionalen Staatsorgane, die durch Verfassungsregelung abgesichert wären.<sup>30</sup> Immerhin kennt das politische System Chinas seit Jahrhunderten ein Patentrezept, das auch heute noch generell einsetzbar ist, nämlich die Festsetzung von zentralen Rahmenrichtlinien, die den einzelnen Zellen regionaler oder betrieblicher Art genügend Freiheit belassen, um innerhalb des eigenen Bereichs gestaltend tätig zu sein, ohne daß bürokratische Interventionen befürchtet werden müssen.

#### 2.2.4

#### Wie zukunftsfähig sind die Staaten Südostasiens?

Da diese Fragestellung bereits den Themenbereich des „Mikronationalismus“ streift, ist auf die Überlebensfähigkeit der südostasiatischen Nationen im einschlägigen nächsten Kapitel einzugehen.

### 2.3

#### Fragmentierung und Mikronationalismus

Zwei fast immer gleichzeitig auftretende - und elementar aufeinander wirkende - Kräfte haben spätestens in den 90er Jahren des 20. Jh. auch Asien erfaßt, nämlich Globalisierung und Fragmentierung: begrifflich mögen sie zwar in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen, in der Praxis aber führen sie zu Verwerfungen und zu Irritationen, da sie einerseits Interdependenz, gleichzeitig aber auch Vereinzelung, wachsende Gemeinsamkeiten, aber auch vermehrte Unterschiede und weltweite Vereinheitlichung, aber auch verstärkte Regionalisierung hervorgerufen.

Es zeigt sich, daß der Nationalstaat, in dem die asiatischen Völker mittlerweile eine neue Heimat gefunden haben, einerseits viel zu klein ist, um Aufgaben von internationaler Spannweite wahrzunehmen, andererseits aber auch viel zu groß, um jeder Minderheit das Ihre zu gewähren.

Vor allem scheinen ethnische Konflikte und Selbstbestimmungsforderungen immer mehr zum beherrschenden Problem, ja zum Fluch des 21. Jh. zu werden. Gegenwärtig gibt es auf der Welt 190 Staaten - etwa viermal so viel wie noch zu Beginn des Jahrhunderts; 21 sind allein seit 1991 hinzugekommen, ohne daß deshalb der Wucherungsprozeß auch nur einen Augenblick lang zum Stillstand gekommen wäre; immerhin existieren weltweit etwa 3.500 Völker, Stämme oder Gruppen, die sich am liebsten ebenfalls als eigene Nation sähen.

Nicht zuletzt Asien kann davon ein Lied singen: in China gibt es beispielsweise 55 Nationale Minoritäten, die bei der Volkszählung von 1990 mit 8,04% der Gesamtbevölkerung angegeben wurden und sich zwischen 1982 und 1990 dreimal so schnell vermehrt haben wie das Hauptvolk der Han-Chinesen. In Vietnam leben neben den Chinh (wörtl. „Städtern“), d.h. den eigentlichen Vietnamesen noch 52 völkische (nationale) Minderheiten, die 11% der Gesamtbevölkerung ausmachen, in Laos sind es sogar 68, die ziemlich genau die Hälfte der Bevölkerung stellen.<sup>31</sup>

<sup>28</sup> Einzelheiten dazu ebd., S.138.

<sup>29</sup> Dazu im einzelnen Weggel, *Regionalkonflikte in China. Nord gegen Süd*, Hamburg 1992, S.162-169.

<sup>30</sup> Dazu Sebastian Heilmann, „China auf dem Weg zum Föderalismus?“, C.a. 1995/7, S.573-589.

<sup>31</sup> Dazu SOAa, 1986/3, S.162-171.

In „Verdrängungsgebieten“ wie im nordostindischen Bergland von Arunachal Pradesh gibt es unter den dort lebenden 500.000 Menschen nicht weniger als 77 Sprachgruppen.

Als Paradebeispiel für einen Vielvölkerstaat darf Indien gelten, in dem praktisch sämtliche Rassen vertreten sind, angefangen von der negroid-australoiden Urbevölkerung über das dravidische Element bis hin zu den Ariern und den Mongolen, die durch die klassischen Einfallstore, nämlich den Khyber-Paß im Nordwesten (Arier) bzw. durch die Assam- und die Brahmaputra-Ebene im Nordosten (Mongolen) eingedrungen sind. Daneben existiert eine Vielfalt von Religionen: 81% der Bevölkerung bekennen sich, wie erwähnt, zum Hinduismus, 14% zum Islam, 3% zum Christentum. Fast unüberschaubar auch die Sprachenvielfalt: in dem noch unter britischer Kolonialherrschaft erarbeiteten „Linguistic Survey of India“ sind nicht weniger als 179 verschiedene Sprache und 544 Dialekte aufgelistet; 73% der Bevölkerung benutzen Sprachen mit indo-arischer und 20% mit dravidischer Wurzel.<sup>32</sup> Auch in Südostasien „koexistieren“ zahlreiche „Communities“ (Auslandschinesen, Auslandsinder, Eurasier, Bumiputra/Pribumi), Religionsgemeinschaften und Ethnien mit verschiedener Lebensweise (Tiefandvölker/Montagnards) nebeneinander - ein Zustand, der fast immer von Spannungen, bisweilen auch von blutigen Zusammenstößen begleitet ist: man denke an die haarsträubenden Community-Auseinandersetzungen in Malaysia von 1969, an die Dauerkonflikte zwischen den Tiefandvölkern des kontinentalen Südostasiens (Vietnam, Kambodscha, Laos, Birma und Thailand) und den jeweiligen Hochlandbewohnern, an das spannungsgeladene Zusammenleben zwischen Bumiputra und Auslandschinesen, aber auch an das Sikh-Problem in Indien, an die Aufstände von 1959 und 1987 in Tibet oder an die Massenmorde in Sri Lanka.

Übergriffe gegen Minderheiten werden von den Regierungen meist mit Ordnungs-, von den Minoritäten aber mit sprachlichen, völkischen und religiösen Identitätsargumenten geführt, wobei keine Geschichtsklitterung grob genug und keine Ideologie abseitig genug sein kann, wenn es darum geht, die eigenen Ansprüche und „Lebensräume“ zu begründen. „Nationen“ brauchen Geschichte, Mythen und Helden; mangelt es daran, werden sie aus dem Hut gezaubert.

Humus für den neuen Mikronationalismus ist in aller Regel das Zerbröckeln überkommener sozialer Beziehungen sowie der Zerfall alter Regime und die damit auftauchende Verunsicherung der Lebenssituation, in der die Betroffenen nach einem Halt suchen, der sich am ehesten noch bei der eigenen Sprach- und Religionsgemeinschaft finden läßt und in dessen Gefolge sogleich auch eine neue Kluft zwischen „uns“ und den Feinden aufzutauchen pflegt.

Zwar gibt es in Asien noch lange nicht jene Vielzahl von Rückfällen in tribalistische Formen, wie sie sich heutzutage in vielen Staaten Afrikas zeigt; doch sind auch hier viele nationalfundamentalistische Bewegungen entstanden, die zum Kristallisationspunkt künftiger Autonomieforderungen werden können.

Kaum ein anderer Kulturhistoriker hat sich hier schlimmer verrechnet als Francis Fukuyama, der in einem kurz nach dem Ende des Kalten Kriegs erschienen vieldisku-

tierten Buch kühn ein „Ende der Geschichte“ vorausgesagt hatte,<sup>33</sup> wobei er unterstellte, daß die nationalen und lokalen Besonderheiten immer mehr eingeebnet und durch eine von der Globalisierung diktierte „rationale Form der Gesellschaft“ ersetzt würde. „Armer Fukuyama!“, heißt es mittlerweile, da genau das Gegenteil seiner Voraussage eingetreten ist. Als hätte es nie Globalisierungsansätze, nie eine EU, NAFTA oder APEC gegeben, sind seit Beginn der 90er Jahre die „Nationalismen“, ja „Tribalismen“ überall wie Bambussprossen nach dem Regen aus der Erde geschossen. Allein aus dem Erbe der einstmalig so rational, revolutionär und kosmopolitisch in Erscheinung getretenen Sowjetunion sind nicht weniger als 120 Krisenherde hervorgegangen, deren Explosivität auf Minderheitenfragen zurückgeht, angefangen von Tschetschenien über Abchasien bis hin zu Transnistrien oder Mingrelien. In Birma/Myanmar melden die Karen, die Kachin, die Shan, die Chin und viele andere ihren Anspruch auf einen eigenen Staat an, in Thailand gibt es völkische Krisengebiete im Norden (bei den Meo, Karen, Lahu, Lisu, Yao usw.), im Nordosten, wo fast ein Viertel der Bevölkerung zu den „Thai-Laoten“ gehört und im Süden eine Irredentabewegung der Thai-Muslime, die eine Loslösung vom buddhistischen Königreich Thailand anstreben.

Auf den Philippinen sind es ebenfalls die Muslime Mindanaos und des Sulu-Archipels, die dem katholischen Norden einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg geliefert haben, ehe sie 1996 eine Autonomielösung errotzen konnten, die langfristig vielleicht zur Eigenstaatlichkeit führt. In Indonesien melden die Bevölkerungen von Timor und von Westirien Selbständigkeitsansprüchen an. Auch in der Volksrepublik China gibt es - neben dem Sonderproblem Tibet - vor allem von seiten muslimischer Bevölkerungssteile Selbständigkeitsansprüche, die sich eines Tages vielleicht auch in dem Wunsch äußern könnten, mit den Nachbarvölkern (Kasachen, Usbeken, Tadshiken usw.) vereinigt zu werden.

Überall stehen hier noch quälende und langwierige Auseinandersetzungen bevor: im Unterschied zu den Menschenrechten hat es im Bereich der Minderheiten ja lange Zeit so gut wie keine verbindlichen völkerrechtlichen Normen oder allgemein akzeptierte Standards gegeben. Sogar die UNO hat sich mit dem Nachdenken viel Zeit gelassen und erst im Dezember 1992 die „Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious or Linguistic Minorities“ herausgegeben.<sup>34</sup> Damit liegt nach langer Zeit eine Art Grundgesetz für das Verhältnis zwischen souveränen Staaten und Minderheitengruppen vor, das unzweideutig ein Recht auf eigene Kultur, eigene Sprache, eigene Religion sowie auf Mitbeteiligung an den gesellschaftlichen Entscheidungen einräumt und damit eine multikulturelle Option verfißt. Es müssen also schon sehr starke Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Diskriminierungstatbestände sowie Argumente einer „ungerechten Einverleibung“ (wie in Timor) vorliegen, damit Separatismusanprüche (als Ausdruck von Notwehr) vor der internationalen Gemeinschaft bestehen können.<sup>35</sup>

Soll der Mikronationalismus nicht zu ständigen Konflikten mit der Zentralregierung (à la Sri Lanka oder Myanmar) führen, gibt es nur *eine* Lösung, nämlich die Gewährung

<sup>33</sup>Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

<sup>34</sup>General Assembly Res. 47/135 vom 18.12.92.

<sup>35</sup>Dazu Ronald K. McMullen, „Secession in Asia: The Emerging Criteria for International Acceptance“, in: *Asian Thought and Society*, Vol.XVII, Nr.50 (May-August 1992), S.113-125.

<sup>32</sup>Ramakrishna Mission, *Cultural History of India*, Vol.I, o.J., S.53 ff.

von Autonomie an die Minderheiten, wobei diese Form von Selbstregierung auch in der Substanz, nicht nur in Worten einzuräumen wäre. An einer solchen Lücke zwischen Worten und Taten scheitert seit Jahrzehnten z.B. die Lösung der Tibetfrage, die der Dalai Lama erklärtermaßen in Form einer wirklichen Autonomisierung Tibets hinzunehmen bereit wäre.

Läßt man sich von der traditionellen Vorstellung leiten, daß nur Nationen oder Staatenbündnisse als Akteure internationaler Politik in Frage kommen, so müßten auch Personal- und Keiretsu-Netzwerke letztlich als Spielformen der Fragmentierung gelten. Näheres dazu unten 2.5.

## 2.4 Hegemonialisierung oder Multipolarisierung?

Zum Schluß noch die etwas altmodisch klingende, deshalb aber noch keineswegs überflüssige Frage, ob es im künftigen Asien noch Großmächtsphänomene nach Art des 19. Jhs geben, ja ob der Kontinent nicht gar von einer Supermacht hegemonialisiert werden könnte.

Zwei Staaten kämen dafür allenfalls in Betracht, nämlich China oder die USA.

### 2.4.1 China - klassische Ordnungs-, nicht aber Vormacht

Kandidat Nr.1 für eine künftige Vormachtsrolle in Asien scheint die Volksrepublik China zu sein, die nicht nur 22% der Menschheit beherbergt, sondern - als drittgrößter Staat der Welt - einen ganzen Subkontinent umfaßt und die vor allem wegen ihres rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten bei den Nachbarn Unbehagen, wenn nicht Ängste ausgelöst hat. Kein Wunder, daß es in Asien heutzutage kaum eine wichtigere außenpolitische Frage gibt als die künftige Rolle Chinas, das ja seit 1949 bereits an sechs Kriegen teilgenommen hat und das sich, wie man zu wissen glaubt, auch heutzutage nicht scheut, zu den Waffen zu greifen, sobald es darum geht, wirkliche oder vermeintliche Souveränitätsrechte zu verteidigen - man denke an die „Militärübungen“ in der Straße von Taiwan im Frühjahr 1996, an die Scharmützel im Spratly-Archipel mit Vietnam<sup>36</sup> sowie an den Austausch von Drohungen mit den Philippinen um das Mischief-Island im Frühjahr 1996.<sup>37</sup>

Kein Wunder, daß das chinesische Gespenst heute fast bei jeder Sicherheitsberatungsrunde mit anwesend ist und daß die „chinesische Gefahr“ den Nachbarn immer wieder Kopfzerbrechen bereitet.

Nun hat sich aber gerade die VR China seit Jahrzehnten mit allen ihr zur Verfügung stehenden propagandistischen - und auch praktischen - Mitteln gegen Hegemonismus und Supermachtdenken gestellt. China ist ein gebranntes Kind und scheint das Feuer zu scheuen, auch wenn es künftig eher als Täter denn als Opfer des „Hegemonismus“ in Betracht käme.

Geschichtlich hat sich die Abscheu Chinas gegenüber dem *baquanzhuyi* („Hegemonismus“) aus den Erfahrungen zuerst mit den westlichen Kolonialmächten und dann mit der Sowjetunion entwickelt. Nun ist Hegemonismus in der internationalen Politik zwar ganz gewiß keine neue Erscheinung - man denke an den angestrebten italienischen Hege-

monismus über den Mittelmeerraum zu Mussolinis Zeiten, an die hegemonialen Ambitionen Hitlers gegenüber Ost-europa und Rußland, an den Hegemonismus der UdSSR im Bereich der sozialistischen Staatenwelt, nicht zuletzt aber auch an die im Kern ebenfalls hegemonistisch eingefärbte amerikanische Monroe-Doktrin. Doch hat der chinesische „Hegemonismus“-Begriff eine ganz spezifische Entstehungsgeschichte und eine ebenso besondere Erscheinungsform:

Von 1949 bis 1968/69 war die Generallinie der chinesischen Außenpolitik vom Antiimperialismus herkömmlicher Art bestimmt gewesen, hatte sich also gegen alten und neuen „Kolonialismus“ gerichtet, mit dem bis dahin ausschließlich „kapitalistische“ Länder in Verbindung gebracht wurden. Im Anschluß an die Ereignisse von Prag 1968 mußte Beijing jedoch bei einem „sozialistischen“ Land imperialistische Ambitionen entdecken, so daß die chinesische Propaganda nun eine Zeitlang von „Sozialimperialismus“ sprach und die Sowjetunion als eine „Supermacht“ bezeichnete, die nicht nur objektive Macht, sondern auch den subjektiven Willen zum Machtmißbrauch demonstriert habe. Erst später wurde der „Sozialimperialismus“ dann durch den Ausdruck „Hegemonismus“ verdrängt, den die VRCh-Propaganda in den 70er Jahren auch auf realsozialistische Staaten, nämlich auf die „sowjetischen Globalhegemonisten“ und die „vietnamesischen Regionalhegemonisten“ anwandte. Am Ende begannen die beiden Begriffe Imperialismus und Hegemonismus ineinander zu verschwimmen und wurden tendenziell austauschbar.

Was den „Hegemonismus“ inhaltlich anbelangt, so ist er eine jeder „Supermacht“ systemimmanente Aktionsweise, die auf das spiegelbildliche Gegenteil der (von China mit aus der Taufe gehobenen) *Friedlichen Koexistenz* und ihrer fünf Prinzipien hinausläuft, also auf (systematische) Mißachtung der Souveränität und territorialen Integrität anderer Länder, auf dauernde Aggressivität, auf systematische Einmischung und auf Ausbeutung.

Seine wirkungsvollste Ausformulierung fand der Antihegemonismus erstmals in der 1972 zwischen dem damaligen US-Präsidenten Nixon und Zhou Enlai ausgehandelten „Antighegemonieklausel“, die in das mittlerweile historisch gewordene Shanghai-Kommuniqué eingegangen ist und derzufolge sich China und die USA verpflichteten, im asiatisch-pazifischen Raum weder selbst Hegemonie auszuüben, noch zu dulden, daß eine dritte Macht dort hegemonial auftrete. China hat es seit damals verstanden, diese AH-Klausel in fast allen wichtigen bilateralen Verträgen oder Kommuniqués mit anderen Staaten unterzubringen, nicht zuletzt auch im Friedensvertrag mit Japan vom Jahr 1978. Der „Antihegemonismus“ ist ferner in nicht weniger als drei Verfassungen formal verankert worden, nämlich in den Konstitutionen von 1975 (Absatz 6 der Präambel), von 1978 (Absatz 8) und von 1982 (Absatz 12 der Präambel).

Von 1968 bis 1982 war der „Antihegemonismus“ überdies das Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik und bestimmte damit deren gesamtes Magnetfeld. Erst im Zeichen der „Modernisierungs“-Politik traten auch andere Ziele wieder stärker hervor, nicht zuletzt die Erneuerung Chinas im Zeichen der „Vier Modernisierungen“.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 richten sich die Hegemoniebefürchtungen Beijings vor allem gegen die USA, die einzige noch verbliebene Supermacht, die sich, wie es heißt, als internationaler Schiedsrichter aufspiele, überall ihre Auffassungen von Terms of

<sup>36</sup>1988 und 1992. Näheres SOAa, 1992/11, S.549 f.

<sup>37</sup>Näheres SOAa, 1996/3, S.138.

Trade sowie von Menschenrechten durchzudrücken versuche und sich auch immer wieder in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmische.

Diese Haltung sei unerträglich und müsse bekämpft werden.

Mit dieser Haltung befindet sich China auf gleicher Wellenlänge mit einem anderen Staat, der sich ebenfalls von den USA, vor allem aber von der durch Washington mitinszenierten Osterweiterung der Nato überfahren fühlt, nämlich Rußland. Kein Wunder, daß es bei Verhandlungen zwischen Moskau und Beijing immer wieder zur Beschwörung einer „strategischen Partnerschaft der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit bis weit ins 21. Jh. hinein“ kommt. Gemeint ist damit in erster Linie die von beiden „Partnern“ geteilte Ablehnung einer amerikanischen Hegemonie.

Zwei der neuen außenpolitischen Lieblingsbegriffe Beijings heißen *duojihua* („Multipolarisierung“) und *guoji xin zhixu* („Neue Weltordnung“). Die Besonderheit dieser neuen Ordnung besteht nach chinesischem Verständnis darin, daß sie erstens multipolar ist und daß sie zweitens, im Gegensatz zu den Gebilden, wie sie nach dem Ersten („Versailler System“) und nach dem Zweiten Weltkrieg („Jaltasystem“) entstanden sind, der Welt nicht von einigen Supermächten aufgezwungen, sondern vom Großteil der Staatengemeinschaft, als nützlich erkannt - und freiwillig akzeptiert worden ist.

Ein „Pol“ sei dann gegeben, wenn ein Staat oder eine Staatengemeinschaft die Chance hat, seinen/ihren Willen gegen andere Staaten oder gegen andere Staatengemeinschaften durchzusetzen und auf diese Weise Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Angelegenheiten zu gewinnen. Als „Pole“ in diesem Sinn kämen nicht nur China, sondern auch Japan, ferner die EU, die USA und Rußland in Betracht.<sup>38</sup> Die „Pol“-Fähigkeit werde heutzutage weniger durch militärische als vielmehr durch wirtschaftliche Kräfte bestimmt. Angesichts dieser „Ökonomisierung“ von Macht könnte es sogar zur Herausbildung dreier großer übernationaler Wirtschaftsgruppierungen kommen, nämlich der EU, der NAFTA und einer wie immer gearteten „Informellen Ostasiatischen Wirtschaftszone“.<sup>39</sup>

All diese Erklärungen zeigen, daß China prinzipiell defensiv denkt und daß ihm die von vielen Beobachtern unterstellte Aggressivität im Sinne neuer Supermachtsbestrebungen fremd ist.

Nimmt man die Vergangenheit als Ratgeber, so entspricht diese Haltung nicht nur einer taktischen Augenblickshaltung, sondern gehört mit zu den Grundgegebenheiten chinesischen Außenverhaltens: in den vielen Jahrhunderten chinesischer Praxis pflegte Chinas Außenpolitik ja nicht expansiv, sondern impansiv zu sein: „besetzt“ werden sollten nicht die Territorien der Nachbarn, sondern ihre Vorstellungen von „richtiger Politik“. Hatte ein Nachbarvolk die chinesische Perception, die ja als a priori richtig und überlegen galt, einmal akzeptiert, so gab es keinen Grund mehr, es militärisch zu unterjochen oder gar sein Territorium zu besetzen. Diesen Absichten diene i.ü. auch das „Tributssystem“, das vor allem als pädagogisches Instrument (mit „impansionistischer“ Zielrichtung) gehandhabt wurde.

Am Ende des 20. Jh. ist China bei genauerem Hinsehen kein Gefahrenherd, d.h. es bedeutet für seine Nachbarn weder eine militärische noch eine zivilisatorische noch eine wirtschaftliche Gefahr:

- Die Verteidigungsausgaben der Volksrepublik lagen beispielsweise 1993 gerade einmal bei einem Zwölftel derjenigen der USA.<sup>40</sup> Angesichts einer langen antimilitaristischen Vergangenheit und einer vor allem auf Wirtschaftswachstum gerichteten Zukunftspolitik ist es auch unwahrscheinlich, daß sich die bisherigen Ausgabesätze für das Militär überproportional erhöhen.

- Auch die Gefahr einer „zivilisatorischen Herausforderung“, wie sie seit 1992 von Huntington beschworen wird, ist - zumindest im Hinblick auf das neue „Reich der Mitte“ - an den Haaren herbeigezogen: China erfüllt keine jener Voraussetzungen, die dem Fundamentalismus entscheidend Nahrung geben: weder übt es den Aufstand gegen die Moderne (statt dessen möchte es - an Japan vorbei - an die Spitze des Modernisierungszugs gelangen), noch leidet es unter Minderwertigkeitskomplexen, die durch antiwestliches Gehabe kompensiert werden müßten, noch verschanzt es sich hinter verschlossene Türen. Vielmehr ist die reformerische Volksrepublik, ähnlich wie Taiwan, Japan oder Singapur bereit, den Wettkampf mit dem Westen aufzunehmen und als Mitspieler - nicht aber als Spielregelverneiner - aufzutreten.<sup>41</sup>

- Auch ökonomisch ist die neuauftrebende Wirtschaftsmacht China, die um 2015 das BIP der USA übertreffen dürfte, keineswegs eine Gefahr, sondern eine Chance, die vom Westen allerdings ernsthaft anzunehmen ist, sei es, daß Firmen dort genauso Präsenz aufbauen wie im Westen, sei es, daß die chinesische Sprache erlernt und daß chinesisches Geschäftsgebahren akzeptiert wird.<sup>42</sup> Der Außenhandel zwischen hochentwickelten Staaten ist bekanntlich wesentlich intensiver und ergiebiger als zwischen unterentwickelten!

China hat sich in kaiserlicher Zeit über 2.000 Jahre lang als Ordnungsmacht empfunden und - ganz im Sinne seiner konfuzianischen Mission - gegen Unordnung und Chaos Stellung bezogen. Die drei Jahrzehnte Maoismus waren, durch die Brille des konfuzianischen Ordnungsverständnisses gesehen, eine einzige Katastrophe, die sich nach Möglichkeit nie mehr wiederholen darf.

Darüber hinaus ist China noch auf Jahrzehnte hinaus so sehr mit sich selbst und seinen inneren Problemen, nicht zuletzt auch mit dem eigenen nationalen Zusammenhalt beschäftigt, daß ihm für außenpolitische Abenteuer kaum noch Reserven bleiben dürften - vom Willen zur „Unruhestiftung“ ganz zu schweigen. Nicht zuletzt aber liegt es an den westlichen Mächten, daß sie die VR China nicht einzudämmen, sondern vielmehr einzubinden versuchen: das eine würde Gesichtsverluste und Trotzreaktionen mit sich bringen, das andere aber aller Voraussicht nach zur Kooperation führen. Der Westen brauchte sich nicht zu wundern, wenn ein ständig als Feind beschworenes China am Ende auch wirklich zum Feind würde!

Selbst wenn die Volksrepublik China aber, entgegen allen oben skizzierten Erwartungen, Anstalten träge, um sich zur neuen Vormacht aufzuschwingen, stieße sie doch schnell auf ihre Grenzen, da andere Länder Asiens auf chinesische Drohungssignale sprunghaft reagieren und mit

<sup>40</sup>Genauere Angaben in C.a., 1995/2, S.128-133, hier 129.

<sup>41</sup>Ebd., S.130 f.

<sup>42</sup>Ebd., S.131 f.

<sup>38</sup>In diesem Sinn bsw. BRu, 1991, Nr.47, S.7 ff.

<sup>39</sup>*Guoji Wenti Yanjiu*, 1991, Heft 4, S.1-6.

Gegenmaßnahmen nicht lange auf sich warten ließen. Bereits in den 90er Jahren hat Beijing die Zeichen der Zeit lesen - und zur Kenntnis nehmen können, wie schnell solche Gegenprozesse in Gang kommen:

Da ist einmal die seit Ende der 80er Jahre zu beobachtende Aufrüstung vieler asiatischer Länder, die umso paradoxer wirkt, als in der außerasiatischen Welt seit dem Ende des Bilateralismus überal „Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet“ werden.

Zweitens spricht die Erweiterung der ASEAN um Vietnam - und demnächst auch um die drei restlichen südostasiatischen Staaten Laos, Kambodscha und Myanmar - eine deutliche Sprache, auch wenn keine südostasiatische Regierung es versäumt, in Richtung Beijing immer wieder die Versicherung abzugeben, daß sich das Bündnis „gegen keine dritte Macht“ richte.

Eines besonders eindeutigen Abwehrverhaltens hat sich bisher vor allem Indonesien befleißigt: Nachdem die VRCH 1993 eine Landkarte veröffentlicht hatte, auf der die chinesische Seerechtszone einseitig von 370.000 auf 3 Mio. qkm ausgeweitet und auch der Natuna-Archipel, eine der wichtigsten Erdgaslagerstätten Indonesiens dort miteinbezogen worden war, glaubte Jakarta, sich gegen diese Art von „kartographischer Aggression“ wehren zu müssen, und startete im September 1996 im Natuna-Bereich das bisher umfangreichste indonesische Seemanöver.<sup>43</sup> Man weiß in Jakarta, daß China, wenn es keine zusätzlichen neuen Lager entdecken kann, bis zum Jahr 2010 Erdöl und -gas importieren muß, das bei etwa 20% der einschlägigen asiatischen Gesamtimporte läge, und daß Beijing daher nichts unversucht läßt, sich ein Maximum an Vorräten im Südchinesischen Meer zu sichern.

Auch der Fünfte Kontinent ist, wenn auch auf leisen Sohlen, dabei, alte multilaterale Bündnisse aus den 50er und 60er Jahren neu zu beleben, nämlich den ANZUS (*A ustralian- N ew Z ealand US A-Security Treaty*) vom 1.9.51<sup>44</sup> und den am 16.4.71 abgeschlossenen Fünf-Mächte-Pakt des ANZUK, dem *A ustralia, N ew Z ealand, U nited K ingdom, Malaysia* und Singapur angehören.<sup>45</sup> Gegen wen sich solche Bündnisse am Ende wohl richten sollen?

Auch Indien glaubt, gegen „Horchposten“ der VR China im Einzugsbereich des südbirmanischen Irrawaddy-Deltas Vorsorge treffen zu müssen.<sup>46</sup> Es möchte dort keine chinesische „Vorwärtsbasis“ dulden, wengleich Indien wohl kaum verhindern kann, daß sich die VR China zu einer „Zwei-Ozean-Marinemacht“ (im Pazifik und im Indik) entwickelt.

Nicht nur im Hinblick auf Pakistan, sondern vor allem auch auf China will sich Indien überdies die nukleare Option offenhalten und hat sich deshalb im August 1996 geweigert, den Atomteststoppvertrag zu unterzeichnen.

Das wohl wichtigste Hindernis für China, am Ende vielleicht doch noch mit einer Vormachtrolle in Asien zu liebäugeln, sind aber die Heeres- und Marineverbände der USA, deren fortdauernde Präsenz von den meisten asiatischen Regierungen nicht nur heimlich gewünscht, sondern meist auch offen erbeten wird, u.a. auch von dem sonst so chinafreundlichen Singapur, das der US-Marine

nach Schließung der US-Basen auf den Philippinen Ausweichmöglichkeiten im Stadtstaatbereich angeboten hat.

Eine Großmachtrolle würde mittelfristig aber auch Japan und nicht zuletzt Moskau mit auf den Plan rufen, das die in den Jahren 1996/97 mit Beijing vereinbarte „strategische Partnerschaft“ ja durchaus multipolar interpretiert sehen möchte, dem also eine einzelne Supermacht gegen den Strich geht, seien es nun die USA oder aber die VR China.

#### 2.4.2

#### Die USA - zum „ehrlichen Makler“ berufen

Ein wichtiger Mitspieler bei der Erhaltung des asiatischen Mächtegleichgewichts dürften auf lange Zeit auch die USA bleiben, und zwar sowohl wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch. Ginge es nach dem Willen der meisten asiatischen Staaten, so hätten die USA in Asien noch lange Zeit eine militärische Mitspracheoption: Soll dem Koloß China ein glaubhaftes Gewicht entgegengesetzt werden, so käme langfristig dafür entweder die USA oder Japan in Frage, vielleicht auch ein früher oder später wieder zu Kräften gekommenes Rußland. Am akzeptabelsten dürfte den meisten Asiaten jedoch die US-Präsenz erscheinen!

Tatsächlich spielen die USA in den Überlegungen fast aller asiatischen Regierungen eine noch auf lange Zeit kaum wegzudenkende Rolle - allerdings nicht als politische Vormacht, sondern als Sicherheitsgarant für eine multipolare Ordnung. Sogar die VR China ist an dieser Präsenz letztlich nicht uninteressiert, da die Alternative zur amerikanischen Garantiefunktion eigentlich nur die eine Renaissance Japans als Militärmacht wäre - eine Schreckvorstellung, die wohl auch im 21. Jh. noch lange Zeit Bestand haben dürfte.

Immerhin fällt den Japanern insofern eine Schlüsselrolle zu, als ihre Sicherheitsallianz mit den USA stabilisierend auf die ganze Region wirkt. Keinesfalls darf Japan jedoch zu einer nuklearen Macht werden, wenn nicht in ganz Asien ein nukleares Nachrüsten in Gang gesetzt werden soll.

Die amerikanischen Interessen an Asien verlaufen vermutlich noch bis weit ins 21. Jh. hinein in vierfacher Richtung: Das oberste und vitalste Interesse der Weltmacht USA besteht darin, zu verhindern, daß die Region Asien als ganze unter die Kontrolle einer einzigen Macht gerät, die sich allein schon dadurch auf Konfrontationskurs zu den Vereinigten Staaten begäbe. Nach Lage der Dinge käme für eine solche Entwicklung nur die VR China in Frage.

China hat aber, wie erwähnt, seit Jahren jeglichen Hegemonieverdacht weit von sich wegzuschieben versucht. Sollten Beijing - und übrigens auch Washington - es ernst mit ihrer Absichtserklärung meinen, eine multipolare Ordnung in Asien anzupeilen, so führte dies zu einer geradezu idealen Ergänzung ihrer - objektiven! - Interessen. Enge Beziehungen der USA zu ihren traditionellen Hauptverbündeten Japan, Südkorea, Thailand und den Philippinen sowie vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der VR China dürften in einem ehrlich auf Frieden und Ordnung bedachten Beijing wohl immer Zuspruch finden.

1995 beschloß die US-Regierung, die Kopfstärke der amerikanischen Verbände im asiatisch-pazifischen Bereich auf 100.000 Mann zu reduzieren, die Sicherheitsallianzen mit den Traditionspartnern aber gleichzeitig zu erneuern - ei-

<sup>43</sup> Ausführlich dazu C.a., 1996/9, Ü 2 mit Karte

<sup>44</sup> Dazu ausführlich SOAa, 1985/1, S.66-68.

<sup>45</sup> SOAa, 1984/7, S.355-359.

<sup>46</sup> Dazu C.a., 1993/4, Ü 5 und 1994, Ü 2.

ne Absicht, der im April 1996 vor allem die japanische Regierung zustimmte.

Darüber hinaus wäre aber auch das amerikanische Verhältnis zu Vietnam zu verbessern und ein Ausgleich der Interessen zwischen Beijing und Taipeh anzustreben. Der Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel sollen Vierergespräche dienen, in denen neben den beiden koreanischen Staaten die USA - und die VR China mitwirkt! Hier, wie auch bei anderen Fragen, muß es der amerikanischen Regierung stets darum gehen, China in die internationalen Spielregeln miteinzubinden: „Enmeshment“ (Einmaschung, Einbindung), nicht „containment“ (Eindämmung) müßte also die Verfahrensmaxime lauten.

Zweitens gehört es mit zu den Interessen der USA, auch die Demokratisierungsprozesse in Asien zu fördern, wobei die Erkenntnis, daß demokratisch eingebundene Regierungen weniger zu militärischen Aktionen und zu Sicherheitsrisiken neigen als undemokratische Regime, als Leitlinie dient. Die Frage der Behandlung von Dissidenten und die Menschenrechtssituation bleiben damit auf der Tagesordnung. Dies ist ein Punkt, bei dem es immer wieder zu chinesisch-amerikanischen Verstimmungen kommen kann. Allerdings geht es hier weniger um das Ob als vielmehr um das Wie.

Auf chinesische Zustimmung treffen müßte dagegen das dritte amerikanische Hauptinteresse, nämlich die Verhinderung der Weitergabe von Raketen- und Nukleartechnologie an „Außenseiter“-Regime, vielleicht sogar an Terroristengruppen.

Auch in Punkt 4 ist eine Einigung durchaus möglich, nämlich in Fragen der Liberalisierung des Welthandels und einer Einhaltung der außenwirtschaftlichen Spielregeln. Hier bietet sich erneut ein weites Feld zur „Einbindung“ der VR China, die bei einigen Punkten allerdings auf Schwierigkeiten stoßen dürfte, vor allem bei der Frage des Abbaus nichttarifärer Handelshemmnisse und bei der Verhinderung von Copyright-Verstößen.

Was sich die Mehrzahl der asiatischen Regierungen von den USA erhofft, ist erstens eine noch engagiertere Unterstützung des ARF, zweitens ein taktvolleres Vorgehen in Fragen der Menschenrechte und der Regimekritik sowie, drittens, ein noch tatkräftigeres Mitwirken beim Aufbau einer multipolaren Ordnung.

Überhaupt dürften Stilfragen in Zukunft immer wichtiger werden: Vor allem wollen Sicherheitsdialoge „gesichtswahrender“ geführt und Modalitäten präventiver Diplomatie „harmonischer“ abgestimmt sein. Für einen neuen diplomatischen Stil dieser Art bietet sich seit 1994 die ARF als Bühne an: Hier, im ARF-Rahmen, erhebt man niemals laut die Stimme und deutet auch nicht aufeinander; vielmehr genügt ein Flüstern und oft auch ein Räuspern. Freilich hat das ARF mit Methoden dieser Art bisher kaum Spannungen abbauen, noch der Region wachsende Verteidigungsausgaben ersparen können; gleichwohl scheint sich das ARF-Procédere zum asiatischen Königsweg für die Verhinderung von Gewalt und für die Lösung von Streitfragen zu entwickeln - und müßte daher auch den Amerikanern am Herzen liegen.

Eine Großmachtrolle in Asien kommt für die USA nach alledem also nicht in Frage, doch verhindert die fortdauernde Präsenz der Vereinigten Staaten in der Region, daß

eine andere Macht, nämlich die VR China, dort zu einer solchen Position aufrückt.

### 2.4.3 Rußland, Indien und Japan?

Auch Rußland, Indien und Japan kommen als Führungsmächte nicht in Betracht:

- Rußland lehnt, wie seine Vereinbarungen mit China über „strategische Partnerschaft“ von 1996/97 verdeutlicht haben, die Vorherrschaft einer einzigen Macht in Asien ab, und zwar nicht nur die (kurzfristig befürchtete) Hegemonie der USA, sondern, sollte diese Frage je auf die Tagesordnung kommen, auch eine Hegemonie der VR China. Diese Zurückweisung ist umso entschiedener, als das durch den Zerfall der UdSSR geschwächte Rußland ohnehin kaum noch Chancen hat, in Asien eine dominierende Rolle zu spielen. Folglich muß das Bestreben Moskaus dahin gehen, dem russischen Reich wenigstens die Rolle eines Pols im asiatischen Kräftefeld zu sichern.

- Was Indien anbelangt, so dürfte es in den kommenden Jahrzehnten so sehr mit Problemen des eigenen nationalen Zusammenhalts beschäftigt sein, daß es den anderen asiatischen Staaten wohl kaum seinen Willen aufdrängen kann, zumal diese wirtschaftlich noch zusätzlich Vorsprung gewinnen dürften, und Indien überdies befürchten muß, daß es in mehrere Teile auseinanderfällt, von denen keiner mehr „großmachtfähig“ ist.

- Japan schließlich bleibt in Asien, ebenso wie Deutschland in Europa, von einer Mauer des Mißtrauens umgeben, die auch fünf Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch lange nicht zu bröckeln beginnt und deren Gefüge durch die beängstigende wirtschaftliche Überlegenheit des Inselstaats sogar noch verstärkt zu werden droht.

Offensichtlich ist die japanische Welt dazu „verurteilt“, niemals mehr eine Außenseiterrolle einzunehmen, sondern sich als „Insider in Permanenz“ zu erweisen, sei es nun, daß sie auf Atomwaffen verzichtet und ihre Rüstung auf reine Verteidigungszwecke beschränkt, sei es, daß sie Hauptentwicklungshelfer der Region bleibt oder sei es, daß sie auch in ihrem Wirtschaftsgebaren bestimmte Toleranzschranken nicht überschreitet. Sollte sich Japan langfristig nicht an Faustregeln dieser Art halten, so besteht die Gefahr, daß es sich ins eigene Fleisch schneidet.

Ganz auf der Linie solcher Einsichten hat Japan einen umfassenden Sicherheitsbegriff entwickelt, der „wechselseitige Sicherheitsgarantie“ (*sōgo anzen hoshō*) lautet und davon ausgeht, daß Verteidigung nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich, technologisch und sogar kulturell erfolgt - immer nach dem Prinzip: „wer Japan angreift, schadet zuallererst sich selbst!“.

Eine solche Politik bringt zwar viele Vorteile mit sich, verleiht aber ganz gewiß keine politische Vormachtstellung!

### 2.4.4 Polyzentrische Perspektiven

Nimmt man internationale Beziehungen von vorneherein unter Konfliktperspektiven ins Visier, so rücken Kategorien wie „Machtbalance“, „Gleichgewicht des Schreckens“ oder „Bipolarität“ in den Vordergrund.

Zwei dieser Optionen sind spätestens seit dem Untergang der Sowjetunion auch in Asien weitgehend aus der Diskus-

sion verschwunden, nämlich Bipolarität und „Schreckens“-Szenarien. Verbleibt als Rest das Mächtigkeitsgleichgewicht, das vor allem im Laufe der europäischen Geschichte in unterschiedlichsten Ausprägungen zutagegetreten ist, sei es nun in der Dreierformation oder aber vor allem als Pentarchie, das aber durchaus noch mehr Ecken und „Pole“ haben kann als nur drei oder fünf. Genaugenommen sind solche Polygone nicht sehr viel mehr als Spielformen der Gleichgewichtsarithmetik.

Kein Land in Asien, das nach dem Ende des Bipolarismus nicht nach neuen Gleichgewichtsformen Ausschau hielte, die künftig allerdings möglichst multipolar ausfallen sollten. Zu den Verfechtern dieser polyzentristischen Ordnung gehört sogar die VR China, obwohl man ihr insgeheim eher Hegemonialambitionen unterstellt, ohne daß sie allerdings Absichten in dieser Richtung erkennbar werden ließe!

Da im gegenwärtigen Asien die Stimmungslage, verglichen mit den 60er und 70er Jahren, so elementar umgeschlagen ist, und heutzutage immer mehr die Wirtschaft in den Mittelpunkt tritt (man denke z.B. an den XIV. Parteitag der KPCh, der beschloß, daß es künftig nur noch ein Zentrum - *yige zhongxin* - geben dürfe, nämlich die Wirtschaft, die Wirtschaft und nochmals die Wirtschaft), erweist es sich als zunehmend ratsam, Politik in Asien nicht mehr konflikts-, sondern eher integrationstheoretisch ins Auge zu fassen. Ein solcher Perspektivenwechsel hätte zur Folge, daß sogleich die transnationalen Entwicklungen stärker in den Vordergrund rückten, sei es nun als *territoriale* Integration im Sinne des Regionalismus, als *vertikale* Integration in der Gestalt transnationaler Konzerne, Investitionen und Netzwerkbildungen oder als *horizontale* Integration in Form des Versuchs, übernationale Institutionen und Spielregeln zu schaffen. Hinzu käme als viertes Element der Abbau von kulturellen Unterschieden, der sich allerdings nicht in wenigen Jahren bewerkstelligen läßt, sondern sich über viele Jahrzehnte hinziehen dürfte, wenn er denn am Ende überhaupt stattfinden sollte.

Auf Asien übertragen verstärken Integrationsansätze dieser Art die Hypothese, daß sich Hegemonialoptionen überlebt haben: die einstige Sowjetunion ist von der Landkarte verschwunden, die USA besitzen zwar nach wie vor beträchtlichen Einfluß, doch gehen ihre Gestaltungsmöglichkeiten im gleichen Ausmaß zurück, wie das wirtschaftliche Gewicht der asiatischen Teilsysteme zunimmt. Japan dürfte noch auf viele Jahre hinaus durch jene Fesseln gebunden sein, die es sich im Gefolge des Zweiten Weltkriegs selbst angelegt hat - und selbst China bleibt ein gefesselter Riese, der zum einen durch die innenpolitischen Probleme im eigenen Land niedergehalten wird, der aller Voraussicht nach aber auch die meisten jener Bindungen akzeptiert, die ihm durch Globalisierungsprozesse von außen her diktiert werden.

An Stelle einer Hegemonialstruktur ist in der Tat eher eine multilaterale Gleichgewichtsordnung zu gewärtigen, an der mehrere „Pole“ teilhaben, nämlich die VR China, Japan, ein früher oder später wiedererwachtes Rußland, ein (wiedervereinigtes!) Korea, darüber hinaus das zur AFTA erstarkte Südostasien, möglicherweise auch eine zentralasiatische Allianz und vermutlich der eine oder andere südasiatische Reststaat.

Die Entscheidungen dieser „Pole“ dürften freilich zunehmend unter den Einfluß von binnenstaatlichen Interessengruppen und von transnationalen Netzwerken geraten. (Näheres dazu unten 2.5 und vor allem 2.6.)

## 2.5

### Subversive Akteure? Die zunehmende Bedeutung von Netzwerken

Während in den meisten asiatischen Kulturen Vereinzelung und „lose Strukturierung“ vorherrscht, vor allem in der theravada-buddhistischen, der hinduistischen (Jati!) und auch der malaio-islamischen Welt, zeichnen sich metakonfuzianische Gesellschaften gerade umgekehrt durch straffe Fügung aus, wobei Zellenbildungen (Familien, Clans, Dorfgemeinschaften und Vereine), strukturierte „Beziehungen“ und nicht zuletzt der bereits erwähnte pyramidale Analogismus als Bindemittel dienen.<sup>47</sup>

Kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen seit vielen Jahrzehnten, vor allem aber in den prosperierenden 70er und 80er Jahren überall im asiatisch-pazifischen Bereich chinesische, japanische, aber auch koreanische und vietnamesische „Überseenetze“ herausgebildet haben, in deren Gefüge sich nicht nur eine „mittelständische Internationale“ mit immer deckungsgleichen Kommunikations- und Geschäftsmustern herausbildet, sondern deren maßgebende Vertreter im Laufe der Zeit auch zunehmend Einfluß auf die nationale Politik haben gewinnen können. Es ist z.B. kein Geheimnis, daß das Drehbuch der japanischen Autoexportpolitik von der einheimischen Autoindustrie, das der Chemiewirtschaft aber von der Chemieindustrie geschrieben und mit der Tokyoter Bürokratie anschließend „abgestimmt“ wird. Auch japanische Entwicklungshilfe (ODA), die sich seit 1988 jährlich um die 10 Mrd. US\$-Marke bewegt, geht zum größten Teil in die asiatischen Nachbarländer und wird dort für Zwecke „wirtschaftlicher Kooperation“ (*keizai kyōryoku*) eingesetzt - eine Politik, die letztlich auf Unterstützung der Exportindustrie des eigenen Landes und der eigenen Außenwirtschaft hinausläuft und zum Bestandteil der *keiretsu*-Strategie geworden ist.

Zwei Formen von Netzwerken haben sich im Zuge der „Transnationalisierung“ als besonders erfolgreich erwiesen, nämlich das chinesische OCN (Überseechinesennetzwerk) und das *keiretsu*-Produktionsnetzwerk.

#### 2.5.1

##### Das OCN

Kaufmannsschutzbünde hatte es angesichts der kommerzfeindlichen Einstellung des Mandarinats seit langem schon im Reich der Mitte gegeben.

Kein Wunder, daß dieser bereits in der alten Heimat geübte Schulterschluß unter den vor allem nach Nanyang (Südostasien) ausgewanderten Chinesen noch um ein zusätzliches Stück enger wurde, da die Ankömmlinge dort auf eine ihnen meist feindlich gesonnene Umgebung stießen, die zu Solidaritätsbündnissen geradezu zwang. Je mehr Huaren an Plätzen wie Hanoi, Malakka, Calcutta oder San Francisco eintrafen, umso nachhaltiger erwachte das Bedürfnis, sich mit Personen zusammenzuschließen, die aus der gleichen Region kamen, derselben Dialektgruppe angehörten oder vielleicht auch den gleichen Clannamen trugen. Überall kam es deshalb zur „Vereinigung der Landsleute“, zu „Vereinigungen des gleichen Berufsstands“ oder zu „Vereinigungen aus derselben Provinz“. Das *tong*, also die „Gemeinsamkeit“ wirkte hier als

<sup>47</sup>Dazu im einzelnen Weggel (1989), S.57-90. Zu den Netzwerken vgl. i.ü.: Carsten Herrmann-Pillath, *Wirtschaftsintegration durch Netzwerke. Die Beziehung zwischen Taiwan und der VR China*, Baden-Baden 1994, S.15-23.

das eigentlich vereinigungsfördernde Element. Bei Zusammenschlüssen dieser Art suchte der einzelne nicht nur Geborgenheit, sondern auch eine Art Daseinsvorsorge, wie sie ihm die neue Heimat sonst nicht bieten konnte, z.B. Schulen, Krankenhäuser und andere Gemeinschaftseinrichtungen.

Zwei Institutionen haben sich in diesem Milieu besonders bewährt, nämlich die Familie und - eben - das Netzwerk. Gemeinsam ist beiden das Grundvertrauen, das sie vermitteln. Während die innerfamiliären Verbindungen auf physischen Gemeinsamkeiten beruhen, geht das Netzwerk über den Tellerrand der Familie hinaus und wird mit Personen geknüpft, denen man in der Nachbarschaft oder im Berufsleben begegnet.

Netzwerkzugehörigkeit schafft Solidarität. Als ganz selbstverständliche Verpflichtung gilt es beispielsweise, daß man einem Netzwerk-Mitglied im Notfall unter die Arme greift. Dies war beispielsweise 1992/93 der Fall, als eines der angesehensten ausländisch-chinesischen Geldinstitute Indonesiens, nämlich die Summa-Bank in geschäftliche Schwierigkeiten geriet. Schon kurze Zeit später hatte sich ein fast durchwegs aus Huaren bestehendes Konsortium von Geschäftsleuten zusammengelassen und Anteile der Bank zu Preisen aufgekauft, die über dem augenblicklichen Marktwert lagen.<sup>48</sup>

Arbeiten die Netzwerkmitglieder schon in Notfällen eng zusammen, so erst recht im täglichen Geschäftsleben.

Einer der Hauptnachteile des OCN-Mechanismus besteht für die Wirtschaft des Gastlandes darin, daß für möglichst viele Arbeitsgänge Auslandschinesen herangezogen und die Einheimischen meist übergangen werden, es sei denn, man wolle ihnen gegenüber eine demonstrative Geste besonderer Großzügigkeit vollziehen.

Der „Kultur des Informellen“ verdankt vor allem die „Großchinesische Wirtschaftszone“ (*Zhonghua jingji gong-tongti*), die im Westen eher unter der Bezeichnung „Greater China“ bekannt geworden ist, ihre Vitalität. Mitglieder dieser auf *guanxi* (persönlichen Beziehungen) aufgebauten wirtschaftlichen Interessengemeinschaft sind die Unternehmer aus den vier Wirtschaftsregionen im südostchinesischen Küstenbereich Shen zhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen, darüber hinaus aber auch die Unternehmer in den fünf Provinzen an der südöstlichen „Goldküste“ (Guangdong, Fujian, Zhejiang, Jiangsu und Shanghai), darüber hinaus Hongkong und Taiwan sowie die Auslandschinesengemeinden im zirkumpazifischen Bereich. Da das hier entstandene Netzwerk (*guanxiwang*) nur die mitbeteiligten Unternehmer erfaßt, ist es methodisch durchaus unzulässig, sämtliche Bewohner dieser politischen Einheiten sowie die Bruttosozialprodukte der beteiligten regionalen Volkswirtschaften einfach zusammenzuzählen. Die Leistungsfähigkeit und der eigenartige Reiz dieser „Beziehungsnetze“ besteht ja gerade darin, daß eine solche Aufsummierung nach Territorien und volkswirtschaftlichen Summen dem *personellen* Filigran in keiner Weise gerecht wird.

Gerade die Netzwerke sind ja jene Übungsfelder für (grenzüberschreitende) Marktwirtschaft, für die im offiziellen staatlichen Rahmen oft nicht genügend Entfaltungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Man kann sich in diesem Zusammenhang sogar die methodisch grundlegende Frage stellen, ob sich chinesisches Unternehmertum in einer Art Nullsummenspiel nicht erst dort so richtig entfalten kann, wo das Bürokraten-tum, sei es nun gewollt oder ungewollt, keinen Einfluß mehr hat. Die Bürokratie kann diesem Dilemma entgehen, indem sie sich auf Rahmenvorgaben, also auf Steuerung von Selbststeuerung beschränkt - und dadurch dem zellularen Charakter der chinesischen Gesellschaft Rechnung trägt.

Den Netzwerken kann man, flexibel wie sie sind, noch so manche regionale Vereinigungsgrößen zutrauen. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. Folgende „Miniregionen“ könnten sich beispielsweise zu weiteren Kristallisationspunkten entwickeln:<sup>49</sup>

- Das Gebiet um die Japanische See („Japan Sea Rim“), in dessen Bereich sich das asiatische Rußland, Japan, die beiden Korea und die nordostchinesische Provinz Jilin sowie die Mongolei zusammenschließen könnten und in dessen Mittelpunkt der Hafen von Tumen stünde.

- Das „Gebiet Gelbes Meer“, in dessen Umfeld sich die um die Bohai-Bucht gelegenen chinesischen Provinzen Hebei, Liaoning und Shandong sowie vielleicht auch Korea und Japan wirtschaftlich häufiger die Hände reichen könnten.

- Die „Südchinaszone“ mit den VR-chinesischen Provinzen Fujian und Guangdong sowie mit Taiwan und Hongkong.

Vorstellen läßt sich darüber hinaus auch eine „Region Beibuwan“ (Golf von Tongking) mit Vietnam, Hainan, Guangdong und Hongkong als Beteiligten sowie die eine oder andere Miniregion im Golf von Bengalen, wo es ja, wie oben ausgeführt, jahrhundertlang immer wieder Kristallisationskerne gegeben hat.

All diese Gebiete könnten sich ohne Verträge à la Rom oder Maastricht verhältnismäßig schnell zu neuen Verdichtungs-zonen entwickeln.

## 2.5.2

### Die *keiretsu*-Strategie

Im Gegensatz zu den OCN sind die japanischen Kettenunternehmen (*kigyo keiretsu*) durchaus bereit, auch fremdländische Betriebe mit zu vernetzen - jedoch nur um den Preis ihrer fast totalen Eingliederung.

Japan hat es vor allem seit den 80er Jahren verstanden, nicht nur den Handel länderübergreifend zu organisieren, sondern auch die Produktion zu „transnationalisieren“, wobei die für japanische „Kettenunternehmen“ typische vertikale Arbeitsteilung im länderübergreifenden Sinne zur Anwendung kam.

Produktionsnetzwerke nehmen mit ihren Hauptsträngen üblicherweise beim Mutterland Japan ihren Anfang und überspannen von dort aus ganze Länder, wobei sie auch Bumiputra-Betriebe als Zulieferer heranziehen, die betriebsorganisatorisch zwar ihre Eigenständigkeit behalten, durch ihre Einbindung in die Zulieferungs-, Technologieverbands-, Betriebs- und Werbestrukturen aber unweigerlich Teil eines neuen Ganzen werden, aus dem sie sich nur unter Gefahr der Selbstvernichtung wieder herauslösen könnten. Vor allem wegen ihrer Abhängigkeit von japanischem Kapital und know how verlieren sie rasch an Unabhängigkeit, zumal die Beziehungen im Netzwerk auch noch durch die überall in Südostasien so

<sup>48</sup>Dazu *Indonesia Business Weekly*, Vol.I, Nr.7 vom 25.1.93, S.10-15.

<sup>49</sup>Dazu Karl J. Fields, „Circling the Waggon: The Trend toward Economic Regionalism and its Consequences for Asia“, in: *i.s.*, Dezember 1992, S.73-96, hier 93 ff.

virulenten Patronagebeziehungen flankiert werden, und südostasiatische Betriebe überdies in aller Regel wenig Wert darauf legen, eigene Technologien zu entwickeln oder gar Kapital in die Grundlagenforschung zu stecken. Überdies wird die Einbindung von lokalen Betrieben in japanische Kettenunternehmen auch noch durch die Entwicklungspolitik Tokyos systematisch gefördert.<sup>50</sup>

Wie sich der Einfluß der Netzwerke auf politische Entscheidungen auswirkt, ist unter 2.6 zu erörtern.

## 2.6 Fazit

Im traditionellen Asien waren es die politischen Eliten gewesen, die allgemeinverbindliche Ziele formuliert und für deren Umsetzung gesorgt hatten. Was in einer modernen pluralistischen Gesellschaft von vielen Instanzen arbeitsteilig bewerkstelligt wird, nämlich von politischen Gremien, von Unternehmen, von Gewerkschaften und Verbänden sowie von den Medien bis hin zu den Hochschulen, war in Asien möglichst von einem einzigen Zentrum besorgt worden, das sich nicht nur politisch, sondern zugleich auch als oberste moralische (Mandarinat) oder religiöse Instanz („Gottkönige“, Mullahs, Lamas, Sultane) legitimierte.

Sogar im Zeitalter der Modernisierung gibt es noch Nachhutgefechte mit dem Ziel, all diese Funktionen möglichst unter einem einzigen Dach beisammenzuhalten (man denke z.B. an die KPCh, die KPV die singapurische People's Action Party oder an die frühere Guomindang), doch hat die Pluralisierung der Gesellschaft, vor allem aber der durch die modernen Kommunikationsmittel ermöglichte, immer stärker werdende Druck der Öffentlichkeit dafür gesorgt, daß die „kleine Politik“ der Interessengruppen und anderer Elemente einer zunehmend selbstbewußter werdenden Bürgergesellschaft zu einem Mitbestimmungsfaktor von wachsender Bedeutung wird. Auch der moderne Nationalstaat, der sich im nachkolonialen Asien etabliert hat, kann diesem Differenzierungs-, ja „Auflösungs“prozeß offensichtlich keinen Einhalt mehr gebieten.

Gegen Machtträger traditionellen Zuschnitts hat die Zeit also längst schon zu arbeiten begonnen.

Doch welche neuen Akteure treten voraussichtlich an ihre Stelle?

Festzustehen scheint heute schon, daß trotz des Eiltempo der Veränderungen zumindest zwei extreme Entwicklungsoptionen chancenlos bleiben, nämlich einerseits die Reduktion der Steuerungsvorgänge auf „Marktgesetze pur“ (, wie es die Globalisierungsdiskussion bisweilen nahezu legen scheint) und andererseits die Heraufkunft einer neuen Supermacht, die dem Kontinent Asien (oder wenigstens einem Großteil) die Richtlinien vorschreibt.

Eine bürokratiefreie, weil ganz allein durch Marktgesetzmäßigkeiten bestimmte Herrschaft stößt im traditionell bürokratieverhafteten Asien genauso auf historisch bedingte Vorbehalte wie die Heraufkunft einer Hegemonialmacht, wie es sie in der bisherigen Geschichte Asiens zugegebenermaßen vereinzelt gegeben hat - man denke etwa an das Mongolische Weltreich im 13. Jh., des weiteren an die westliche Kolonialherrschaft vor allem im 19. Jh., die

allerdings auch nicht von einem einzigen Zentrum ausgegangen ist, und nicht zuletzt an die Versuche Japans im frühen 20. Jh., zum „Licht Asiens“ zu werden.

All diese Erinnerungen sind bei den Asiaten aber durchwegs negativ besetzt, so daß Versuche einer Neuauflage auf breiteste Ablehnung - und finstere Abwehrbereitschaft! - stießen. Die Uhr für Supermachtsambitionen und Hegemonialbestrebungen scheint in Asien alles in allem bereits 1945 abgelaufen zu sein!

Mit dieser Wandlung des Zeitgeistes haben sich - und nun gar im Hinblick auf das 21. Jh.! - auch jene beiden Mächte abzufinden, denen eine Supermachtsrolle noch am ehesten zuzutrauen wäre, nämlich China und die USA. China kommt für eine hegemoniale Rolle schon deshalb nicht in Betracht, weil es sich erstens seit Jahrzehnten mit Händen und Füßen gegen alles sträubt, was mit „Hegemonie“ auch nur von ferne zu tun hat (hier geht es also um Glaubwürdigkeit!), weil es darüber hinaus aber, ähnlich dem Märchenhelden Gulliver, zehntausendfach an den Boden gefesselt ist, sei es nun durch die erdrückenden innenpolitischen Probleme im eigenen Lande, sei es durch die immer stärker werdenden Interdependenzbeziehungen, in die China sich mit seinem so marktwirtschaftlich ausgerichteten Kurs begeben hat.

Was die USA anbelangt, so dürften sie zwar als Sicherheitsgarant, der „Asiaten vor Asiaten schützen soll“, noch lange Zeit militärisch präsent bleiben; hegemoniale Befugnisse können sie sich deshalb freilich noch lange nicht herausnehmen!

Wenn also sowohl bürokratiefreie als auch hegemoniale Optionen ausscheiden, so stellt sich als nächstes die Frage, inwieweit wenigstens mit den derzeit überall aus dem Boden schießenden *transnationalen* Neubildungen sowie mit den nach 1945 aus der einstigen Kolonialherrschaft entlassenen *Nationalstaaten* als künftigen Akteuren zu rechnen ist.

Was zunächst die Regionalallianzen anbelangt, so leiden vor allem APEC und EAEC an so schweren Geburtsfehlern, daß bereits aus heutiger Sicht ihr längerfristiges Überleben fraglich erscheint, von ihrer Fähigkeit, anderen gegen ihren Willen ein bestimmtes Verhalten aufzuzwingen, ganz zu schweigen!

Auch die subregionalen *Polygone* dürften sich nur dann zu Mitbestimmungsträgern entwickeln, wenn sie sich von den nationalen Gründerbürokratien abnabeln und als eigenverantwortlich handelnde Einheiten in Szene setzen können. Solange sie von den jeweiligen Hauptstädten, also von außen her, gesteuert werden, besteht die Gefahr, daß sie als „Zonen“ an der Widersprüchlichkeit gegensätzlicher „nationaler“ (und damit partikularistischer) Interessen scheitern, vor allem an deren „beggar your neighbour“-Politik.

Reelle Überlebenschancen kann sich nach alledem voraussichtlich nur die ASEAN-Allianz ausrechnen, weil sie es verstanden hat, westliche Organisationsmethoden (Institutionalisierung einer Freihandelszone, AFTA!) mit asiatischen Kommunikationsmechanismen (ARF, „Cocktail-Gespräche“) zu verquicken. Allerdings müßten die im ASEAN-Bereich nach wie vor bestehenden bilateralen Konflikte weiter abgebaut und gleichzeitig die Kapazitäten des regionalen Binnenmarkts elementar gesteigert werden.

<sup>50</sup>Im einzelnen dazu m.N. Patrick Köllner, „Japans Rolle in der industriellen Arbeitsteilung in Ostasien: Theorie und Praxis“, *Japan*, April 1997, S.171-177, vor allem 174 f.

Bisher wurden die Regionalisierungsparameter ja häufig nur statistisch schön gerechnet!

Was die fünf zentralasiatischen Republiken anbelangt, so sind sie zur Allianz im Stil einer Vernunfthe geradezu verdammt, wollen sie nicht riskieren, entweder zu einem Super-Afghanistan zu werden oder aber erneut unter die Vormundschaft eines benachbarten Schutzherren (China? Rußland?) zu geraten.

Angesichts dieses schwachen Erscheinungsbilds der transnationalen Neubildungen taucht die Frage auf, ob am Ende also nicht doch wieder die Nationalstaaten (und ihre Bürokratien) als Akteure maßgebend bleiben. Dies wäre insofern paradox, als viele asiatische Staaten keine Eigengewächse, sondern Zangengeburt der früheren Kolonialmächte sind. Außerdem erscheinen einige dieser Nationen aus heutiger Sicht längst wieder in ihrem Bestand gefährdet, vor allem was die südasiatische Staatenwelt anbelangt. Lediglich in Südost-, vor allem aber in Ostasien scheint es um die nationale Substanz besser bestellt zu sein: dies gilt hauptsächlich für die beiden homogensten Staaten Asiens, nämlich für Japan und Korea, wiewohl letzteres angesichts einer jahrhundertealten einheitlichen Zivilisation zur Wiedervereinigung geradezu prädestiniert zu sein scheint, aber auch für China, das Hongkong und Macao bereits bis 1999 zurückerhält und das auf längere Sicht wohl auch Taiwan „heim ins Reich“ holen dürfte, das aber, ungeachtet solch rosiger Perspektiven, im übrigen noch auf lange Zeit hin in sich zerrissen bleiben dürfte, ohne deshalb freilich schon auseinanderfallen zu müssen: immerhin gibt es ja seit dem fast von der gesamten chinesischen Bevölkerung gemeinsam erlittenen Los des Zweiten Weltkriegs ein umfassendes Wir-Gefühl, das sich u.a. auch in einem „Bauernnationalismus“ niedergeschlagen und damit eine Ausweitung wie nie vorher in der chinesischen Geschichte erfahren hat.

Spätestens im zweiten Jahrzehnt des 21. Jh. dürfte Ostasien, das sich Mitte der 90er Jahre noch aus sieben Einheiten rekrutierte (China, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Macao) nur noch aus drei Nationen bestehen, die mit dieser Konzentration ganz gewiß zusätzliches politisches Gewicht mit auf die Waagschale bringen.

Statt einer zum Anathema gewordenen Hegemonialstruktur dürfte sich ein Mächtegleichgewicht herausbilden, an dem mehrere „Pole“ teilhaben, nämlich die VR China, die sich um 2015 herum zur Volkswirtschaft mit dem weltweit höchsten BIP entwickelt, ferner Japan, das seit den 90er Jahren damit begonnen hat, langfristig auf größengemäße Proportionen in Asien zurückzuschumpfen, drittens ein früher oder später wiedererwachtes Rußland, aber auch ein (wiedervereinigtes!) Korea sowie ein Südostasien, das im AFTA-Aufwind als Ganzes an Bedeutung gewinnt.

Weniger günstig als um die ASEAN dürfte es andererseits im 21. Jh. um die „Pol“-Fähigkeit der südasiatischen Staaten bestellt sein: allzu sehr steckt die SAARC noch in ihren Anfängen - und in ihren Konflikten! -, als daß sie mit einer stabilen Weiterentwicklung rechnen könnte. Vielleicht kann aber der eine oder andere Teilstaat zu einem neuen „Pol“ in Asien werden.

„Pol“-Fähigkeit wird noch für eine andere Region, nämlich für Zentralasien, schwer zu erlangen sein, und kommt überhaupt nur dann in Betracht, wenn die dortigen fünf

Republiken, allen Konfliktgegebenheiten zum Trotz, Emotionen unterdrücken und sich zu einer Allianz zusammenfinden.

Wenngleich also nicht wenige Nationalstaaten das Heft auch weiterhin in der Hand behalten und nach wie vor als Akteure auftreten können, nimmt doch langfristig ihre Fähigkeit ab, „große Politik“ im Sinne klassischer „nationaler“ Interessen zu verfolgen. Immer häufiger müssen sich staatliche Instanzen vielmehr von Verbänden, Firmen, Medien und Vertretern der Bürgergesellschaft mit in Entscheidungen hineinreden lassen, sei es nun in wirtschaftliche oder sogar in „klassische“ außenpolitische Belange.

Es sind vor allem die Repräsentanten der neuen „mittelständischen Internationale“, darüber hinaus aber auch die sich verstärkenden Netzwerke und nicht zuletzt die TNU (transnationalen Unternehmen) à la *keiretsu* oder *chaebol*, die laufend an Gewicht zulegen und dafür sorgen, daß die „kleine“ der „großen Politik“ immer dichter auf die Fersen rückt.

Neben den wenigen Allianzen, die den politischen Ausleseprozeß der nächsten Jahrzehnte überleben dürften, sind es also vor allem einige Nationalstaaten mit „Pol“-Fähigkeit, die jene Entscheidungen zu fällen und hauptsächlich durchzuführen haben, die das weitere Schicksal „Asiens“ bestimmen. Entscheidungen dieser Art werden allerdings für Interventionen der „kleinen Politik“ immer anfälliger. Je mehr sich gesellschaftliche Kräfte personell, wirtschaftlich und kommunikativ „verdichten“ können, umso größer wird ihr da und dort jeweils unterschiedliches Gewicht. Damit aber können sie zu echten Mit-Akteuren werden - vor allem in der metakonfuzianischen Welt, wo das Knüpfen von Netzwerken gleichsam zuhause ist. Angesichts der zahllosen partikularistischen Sonderinteressen, die durch solche Mitakteure in nationale oder Allianz-Entscheidungen hineingetragen werden, dürfte eine echte Globalisierung, bei der nur noch Marktgesetze und „rein wirtschaftliche Vernunft“-Gründe den Ausschlag geben, noch beträchtliche Zeit auf sich warten lassen.